



Presseschau vom 06.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Nachtrag vom 4. Juni:

antifashist.com: **Ersatzbefehlshaber für Langstreckenraketen**

Wladimir Skačko

Vor dem internationalen Tribunal, das Gerüchten zufolge von den Behörden der DVR und der LVR vorbereitet wird, werden auf jeden Fall zwei Kriegsverbrechen des ukrainischen Neonazi-Militärs verhandelt und verurteilt werden, die im Prinzip nicht bewiesen, sondern nur durch eine formale Sammlung und Dokumentation von Tatsachen belegt werden müssen.



<https://antifashist.com/images/jimg/e/ee87d2aaf22a9fb615ff691e844008a4.jpg>

Und diese sind überall zu finden. Das erste Verbrechen ist der Einsatz der eigenen Zivilisten als menschliche Schutzschilde, um die Kampfhandlungen der russischen Seite zu erschweren. Der besondere Zynismus der ukrainischen Neonazi-Machthaber liegt darin, dass sie einerseits sehr wohl wussten, dass die russischen und republikanischen Einheiten den Befehl haben, das Leben friedlicher Ukrainer so weit wie möglich zu schonen. Folglich wählten sie eine entsprechende Taktik: nicht die Städte vor der Offensive mit Artillerie zu zerstören, um den Feind so weit wie möglich zu vernichten, sondern ihn aus den Wohngebieten zu verdrängen. Oft auf Kosten des Lebens ihrer eigenen Soldaten.

Andererseits haben externe Drahtzieher den Neonazis in Kiew sehr deutlich gemacht, dass der Westen alles tun wird, um der Kampagne über "Putins Gräueltaten in der Ukraine" eine universelle Dimension zu verleihen, wenn die Koalitionstruppen Artillerie einsetzen und es zu viele zivile Opfer gibt. Das ist bereits der Fall, aber man kann sich nur vorstellen, was passieren würde, wenn die Russische Armee und die Volksmilizen auch nur eine der ukrainischen Städte so behandeln würde, wie die Amerikaner es mit Mossul im Irak oder Rakka in Syrien getan haben. Einige Experten sprechen sogar von einem "Bombenholocaust an Mossul und Rakka" durch die USA und ihre Verbündeten.

Bei der militärischen Sonderoperation kommen auch Zivilisten um, denn es ist Krieg. Aber diese Opfer sind zufällig. Die Verwendung von Zivilisten jedoch durch ukrainische Truppen, insbesondere Neonazi-Einheiten, als menschliche Schutzschilde, als Verteidigungs- und Verschleißmaterial, ist eine bewusste Politik. Und deshalb sprechen sie sogar im Krieg von gewissen Regeln und versuchen, sich an sie zu halten.

Das zweite Verbrechen ergibt sich unmittelbar aus der kannibalistischen Gefühllosigkeit des ersten. Es ist die Rache des Neonazi-Regimes an den von den Koalitionstruppen befreiten ehemaligen Mitbürgern und den Bewohnern der russischen Grenzregionen. Die Ukraine lässt systematisch Bomben, Granaten, Minen und Raketen auf die Gebiete des Donbass, Belgorod, Kursk, Brjansk, Rostov und andere Regionen, die sie erreichen kann, regnen.

Neben der Beschießung der Volksrepubliken und der befreiten Gebiete in den ukrainischen Regionen Cherson, Saporozje und Charkov hat das Regime von Wladimir Selenskij zwei Hauptziele in Russland: die genannten Grenzregionen und natürlich die Krim, insbesondere die in Kiew verhasste Krimbrücke.

Ihr Beschuss wurde besonders relevant, nachdem bekannt wurde, dass die Ukrainer hier auf eine neue "Wunderwaffe" warten - die US-amerikanischen ›HIMARS‹ Raketen-Salven-Feuersysteme (RSSO) und Langstreckenraketen für sie. Neben der Tatsache, dass Donezk und andere Städte der DVR und der LVR bereits mit 155 mm-Haubitzen des Typs M777 beschossen werden, werden auch an anderen Teilen der Front ›Javelins‹ und ›Stingers‹ eingesetzt. Mit diesen neuen Waffen kann die Ukraine noch zerstörerischer und blutiger in russisches Gebiet vordringen, um zu rächen, zu rächen und nochmals zu rächen. Und die USA haben bereits die ersten vier Exemplare dieser Waffen an die Ukraine geliefert.

Der pikanteste und zugleich äußerst zynische Umstand an dieser ganzen Angelegenheit ist, dass die US-Behörden Russland und der Welt vor der Entsendung der ›HIMARS‹ versicherten, Kiew habe versprochen, keine RSSO zum Beschuss russischen Territoriums einzusetzen. Auch US-Präsident Joe Biden gab dies persönlich bekannt. Und selbst Präsident Selenskij hat öffentlich erklärt, dass die Ukraine keine RSSO auf russisches Gebiet abfeuern wird.

Aber wie man so schön sagt: Es ist eine Sache, etwas zu versprechen, und eine andere, tatsächlich zu heiraten. Brigitte Brink, die neue US-Botschafterin in der Ukraine, sprach ihr Land sofort von der Verantwortung frei und schob sie auf das ukrainische Regime, wobei sie versicherte, dass Kiew selbst die Ziele der ›HIMARS‹-Angriffe bestimmen werde... Ja, ja, so hat sie sich beim Briefing in Kiew bekreuzigt (um sich vor Unheil zu schützen – Anm. d. Übers.): "Die ukrainische Seite wird festlegen, worauf sie schießen wird".

Sie erinnerte noch einmal daran, dass die USA diese Systeme an die Ukraine geliefert haben, nachdem Selenskij versprochen hatte, nicht auf Russland zu schießen. Ich betone: nicht Bidens Versprechen, sondern Selenskij's Versprechen. Und Selenskij zu glauben, wäre eine Respektlosigkeit gegenüber sich selbst. Und das nicht, weil er verrückt wäre. Er ist eine Marionette, die tun muss, was man ihr sagt. Seine Order ist klar: maximaler Schaden für Russland.

Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass das Neonazi-Regime in Kiew zumindest pro forma beschlossen hat, gute und böse Ermittler zu spielen, die gezwungen sind, unter eben diesen Umständen zu handeln. Michail Podoljak, Berater des ukrainischen Präsidentenbüros, bezeichnete Berichte über Pläne, Russland mit RSSO anzugreifen, als eine psychologische Operation russischer Spezialdienste und versicherte, dass die Ukraine nicht plane RSSO gegen russisches Gebiet einzusetzen. "Die Ukraine führt einen Verteidigungskrieg und plant nicht, ›HIMARS‹ für Angriffe auf Ziele in Russland einzusetzen. Unsere Partner wissen, wo ihre Waffen eingesetzt werden. Jegliche Äußerungen über solche Absichten sind eine psychologische Operation der russischen Spezialdienste", schrieb er auf Twitter.

Es gibt jedoch ein paar "Abers". ›HIMARS‹ wurde von Jegor Tschernew, einem Abgeordneten der präsidentenfreundlichen Partei "Diener des Volkes" (SN), gefordert, der sagte, dass "niemand weiß, wie die Rakete fliegen wird". Und ein anderer Selenskij-Berater, der unvermeidliche Alexej Arestovych, erklärte in einem Interview sogar, wann, warum und in welcher Reihenfolge dieser Beschuss erfolgen und zum festen Bestandteil des Lebens in den Grenzregionen Russlands und der Krim werden würde.

Zur Krim machte Arestovych deutlich: Sie ist ukrainisch, und das bedeutet, dass die Ukraine mit ihr machen kann, was sie will. "Die Krim gehört uns, sie ist ukrainisch, und die Amerikaner wissen das. Deshalb werden sie, wenn nötig, auf die Krim fliegen. Das ist noch nicht einmal der Punkt. Ich werde Ihnen ein kleines Geheimnis verraten: Wir haben die Krim bereits bombardiert, und das sehr erfolgreich", sagte er. Er fügte hinzu, dass die internationalen Partner der Ukraine demnächst auch Raketen mit einer Reichweite von bis zu 300 km zur Verfügung stellen würden, was bedeutet, dass die Angriffe auf die Krim noch häufiger werden würden.

Arestovych zufolge sieht es in den russischen Regionen genauso aus: Wenn amerikanische RSSO an die Ukraine gehen und nach zwei bis drei Wochen in einen Kampf verwickelt

werden, werden sowohl die Luftverteidigungskräfte als auch die Regionen Russlands kein Glück haben. "... Wir sind jetzt noch darauf beschränkt, Schläge im Umkreis von einigen zehn Kilometern durchzuführen. Wir haben Anlagen, aber keine Munition. Und diese Lieferungen westlicher Waffen werden die Situation drastisch zu unseren Gunsten verbessern. Sobald die ›HIMARS‹ in brauchbaren Mengen an der Front auftauchen, mit so ca. 18 Fahrzeugen, werden die Russen sehr traurig werden. Sie werden immer noch die Übermacht haben. Aber die Nuance, dass unsere Artilleristen die besseren sind, ist ihr Problem. Wir können sechsunddreißig auch mit achtzehn übertreffen. Eine andere Sache ist, wenn sie sechsunddreißig haben und wir gar keine - dann ist es in der Tat schwierig", sinnierte er über die Aussichten einer Bombardierung.

Und natürlich kann man Arestovych als einen gewöhnlichen Provokateur und Lügner abtun, der keinen Hehl daraus macht, dass er lügt. Aber die Sache ist die, dass er im Namen des gesamten Selenskij-Neonazi-Regimes die öffentliche Meinung mit seinen Lügen testet und den Krieg auf russischem Gebiet im öffentlichen Bewusstsein legalisiert. Das ist seine Aufgabe; er stiftet das unvermeidliche Blutvergießen und den Krieg in Russland an. Arestovych durchbohrt den Boden mit seinen Worten, während die Neonazis in der ukrainischen Armee dies mit Hilfe von Raketen tun. Nicht umsonst sagte der bekannte Neonazi und Mörder Sergej Sternenko bei dieser Gelegenheit, dass die Amerikaner die Systeme liefern und "wir selbst die Entfernung bestimmen, in die und wohin wir schießen. Denn Menschenleben sind ihnen egal, weder die eigenen noch die der anderen. Außerdem eine verbrannte Erde zu hinterlassen, so dass die Russen alles auf eigene Kosten wieder aufbauen müssten und es keine Leute dafür gäbe, das ist eine weitere Aufgabe, die die Kuratoren den Neonazis in Kiew gestellt haben." Und Selenskij stimmt ihnen zu:



<https://antifashist.com/images/062022/ukr-040622-ze-01.jpg>

Die russische Grenzregion und die Krim müssen also besonders vorsichtig sein. Auch wenn

der Kreml der Meinung ist, dass die Lieferung von Langstreckenwaffen "mehr Leid über die Ukraine bringen wird". Und sei es nur, weil der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, erneut gewarnt hat: "Falls diese Art von Waffen gegen russisches Territorium eingesetzt wird, werden die Streitkräfte unseres Landes keine andere Wahl haben, als die Entscheidungszentren zu vernichten.

Aber Russland zu einem härteren Krieg zu bewegen, ist ein weiteres taktisches Ziel des Westens für die Neonazis in Kiew. Und Moskau ist sich dessen sehr wohl bewusst. Und deshalb treiben es die Kiewer "Führer" nicht nur in der ukrainischen Hauptstadt, sondern auch, mit Inspektionen sozusagen, in der Oblast Charkov. Aber es gibt immer noch keine "Schläge gegen den Hauptsitz".

Außerdem ist das amerikanische Beispiel nicht nur typisch dumm, sondern auch ansteckend. Nach den USA hat auch der britische Verteidigungsminister, Ben Wallace, bereits bestätigt, dass sein Land plant, der Ukraine RSO M270 zu liefern, die Ziele in einer Entfernung von bis zu 80 km bekämpfen können. Das heißt, sie können damit auch die russischen Grenzgebiete bombardieren. Dumme, aber willige Befehlshaber gäbe es in Massen, wie es heißt ...

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Wladimir Segojew, Xenia Tschomodanowa: Die USA versuchen, Russlands Absturz zu organisieren: So vermeidet es ihn

Die USA versuchen, Russlands Zahlungsausfall herbeizuführen, indem sie die Zinszahlungen auf Staatsanleihen in Dollar unterbinden. Aber anders als 1998 ist der Staat durchaus zahlungsfähig, und das Finanzministerium arbeitet daran, die US-Pläne zum Scheitern zu bringen. ...

<https://kurz.rt.com/3056> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Wer hat ein Recht auf Wiedervereinigung?

Territoriale Integrität ist die Monstranz, die der Westen vor sich herträgt, wenn es um die Ukraine geht. Dabei werden einige Aspekte übergangen, die mit Fragen der Nation zusammenhängen. Nicht nur die Selbstbestimmung. Auch, ob es nicht um eine Wiedervereinigung geht. ...

<https://kurz.rt.com/307d> bzw. [hier](#)

Marinko Učur: Montenegro: US-Diplomatin auf russophober Mission

Die Regierung des Balkanstaates Montenegro fügt sich, dirigiert aus den USA, in das antirussische Konzert des Westens. ...

<https://kurz.rt.com/306t> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

22:25 de.rt.com: Medienbericht: Spanien will Ukraine Leopard-Panzer liefern

Spanien will nach einem Bericht der Zeitung El País der Ukraine deutsche Kampfpanzer vom

Typ [Leopard 2 A4](#) sowie Luftabwehrraketen liefern. Es handele sich um eingemottete Panzer, die erst für den Einsatz vorbereitet werden müssten, schrieb die Zeitung am Sonntag unter Berufung auf Informationen aus dem Verteidigungsministerium in Madrid. Die Ausbildung ukrainischer Soldaten an den Panzern solle zunächst in Lettland und später in Spanien erfolgen.

Es wäre das erste Mal, dass die Ukraine im Kampf gegen die russische Armee moderne westliche Panzer erhalte. In Deutschland haben Politiker der Regierungspartei SPD bisher betont, es gebe eine informelle Übereinkunft zwischen den NATO-Staaten, solche Waffen nicht zu liefern. Dem Zeitungsbericht zufolge könnten rund 40 von 108 Leopard-Panzer, die Spanien 1995 gebraucht in Deutschland gekauft habe, wieder einsatzbereit gemacht werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629d102948fbef78de7c29d6.jpg>

vormittags:

7:15 (6:15) [novorosinform.org](#): **Streitkräfte der Ukraine zündeten während des Rückzugs Tonnen von Getreide im Hafen von Mariupol an – Vertreter der DVR**

Während des Rückzugs habe das ukrainische Militär Tonnen von Getreide angezündet, die im Hafen von Mariupol gelagert waren, [sagte](#) Jan Gagin, Berater des Regierungschefs der Volksrepublik Donezk.

Infolge des Feuers wurde der größte Teil des Getreides zerstört. Die Lagerhäuser enthielten Mais und Weizen, die nach dem Löschen des Feuers sowohl äußerlich als auch dem Geruch nach ungeeignet für die Verwendung waren, sagte Gagin gegenüber RIA Novosti.

Die ukrainischen Streitkräfte hätten die Lagereinrichtungen absichtlich in Brand gesteckt, damit die DVR das Getreide nicht bekomme und es nicht weiter verwendet werden kann. Obwohl das Feuer mehrere Tage lang gelöscht wurde, konnte das Getreide nicht gerettet werden. In den Lagern verblieben nach Angaben des DPR-Vertreters tonnenweise landwirtschaftliche Produkte, die selbst als Viehfutter kaum noch verwendet werden können. In einem Artikel der ukrainischen Website [elevatorist.com](#) vom Juni 2019 heißt es, dass die Lager im Hafen von Mariupol bei voller Beladung 57 000 Tonnen fassen könnten.



https://novorosinform.org/content/images/59/33/45933_720x405.jpg

7:35 (6:35) novorosinform.org: **Finland überrascht von Russlands Reaktion auf NATO-Beitrittspläne**

Moskau übe im Zusammenhang mit der Entscheidung, der Nordatlantischen Allianz beizutreten, keinen Druck auf Finnland aus, sagte der Chef der Staatssicherheitspolizei (SUPO) des Landes, Antti Pelttari, in einem Interview mit der Financial Times.

Laut dem Chef des finnischen Geheimdienstes sei diese Reaktion Russlands überraschend und "es ist gut, dass nichts passiert ist".

Helsinki ging davon aus, dass Russland nach der Entscheidung Finnlands, der NATO beizutreten, das Land Cyberangriffen, hybriden Angriffen aussetzen würde, aber nichts dergleichen sei geschehen, sagte Pelttari.

7:40 (6:40) [ria.tu](https://ria.ru): **Ukrainische Truppen beschossen das Dorf Golmowski in der DVR**

Laut der [Vertretung](#) der Volksrepublik Donezk im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands (GKKK) schossen ukrainische Truppen um 07.10 Uhr (zeitgleich mit Moskauer Zeit) auf das Dorf Golmowski und feuerten sechs Granaten mit einem Kaliber von 122 mm ab.

"Das Feuer wurde von den BFU (bewaffnete Formationen der Ukraine – Red.) in folgender Richtung registriert: 07.10 Uhr - Siedlung Nowgorodskoje - Siedlung Golmowski: 6 Granaten mit einem Kaliber von 122 mm wurden abgefeuert", heißt es in der Erklärung der Vertretung auf Telegram. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/05/1f/1792175198_0:320:3072:2048_1280x0_80_0_0_4a3b7ec13396f5d4c709b0518c4b252c.jpg

Bild: Ukrainische Militärs feuern Mörser ab.

7:49 (6:46) novorosinform.org: **DVR rechnet mit der Anwesenheit von „Asow“-Überresten in Mariupol**

Es bestehe die Möglichkeit, dass sich die Überreste der Kämpfer des nationalistischen Asowschen Regiments unter der Zivilbevölkerung in Mariupol verstecken, sagte Jan Gagin, Berater des Regierungschefs der DVR.

Gegenwärtig finde in Mariupol ein Kampf gegen lokale Kriminelle statt, die in der Stadt geblieben sind und aktiv vom Innenministerium der DVR ermittelt werden, sagte der Vertreter der DVR in einem Interview mit RIA Novosti.

Darüber hinaus werde nach den versteckten Überresten der Streitkräfte der Ukraine und der nationalen Bataillone gesucht, die in die Stadt gelangt sein könnten. Sie werden identifiziert, festgenommen und „zum Filtern, zur Untersuchung“ geschickt, fügte Gagin hinzu.



https://novorosinform.org/content/images/59/35/45935_720x405.jpg

7:00 de.rt.com: **Preisanstieg bei Lebensmitteln: Kunden sparen sich Erdbeeren – Deutsche Obstbauern besorgt**

2022 könnte für die deutschen Obstbauern zu einem Verlustjahr werden. Gestiegene Kosten für Dünger, Pflanzenschutzmittel, Transport und Energie paaren sich mit der generellen Teuerung. Die Folge: Die Kunden verzichten auf bestimmte Obst- und Gemüsesorten wie Erdbeeren und Spargel. Bauernverbände schlagen Alarm: Die deutsche Obstwirtschaft wird erdrückt durch die südeuropäische Konkurrenz.

Der Verkauf von Erdbeeren läuft bei vielen Bauern in Deutschland in diesem Jahr nicht rund. Hohe Kosten, überschaubare Nachfrage und niedrige Preise trüben vielfach die Geschäfte. Ausgerechnet das gute Wetter im Mai hat dazu beigetragen, wie Eva Würtenberger von der Agrarmarkt-Informations-Gesellschaft (AMI) in Bonn erläuterte. Das Angebot sei dadurch entsprechend gewachsen, viele Kunden kauften aber weniger als üblich. Die Folge: Preisverfall auf im Bundesschnitt unter fünf Euro für ein Kilo.

Zugleich seien die Kosten für die Bauern in den vergangenen Monaten gestiegen, etwa für Dünger, Pflanzenschutzmittel, Jungpflanzen oder wegen der höheren Energiepreise auch für den Transport, sagte Würtenberger der dpa. Für viele Produzenten sei die Situation deswegen schwierig.

Die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen hatte bereits Ende Mai darauf hingewiesen, dass einige Bauern auf die Erdbeerernte verzichteten, weil sie sich schlicht nicht mehr lohne. Die Kaufzurückhaltung ist nach Einschätzung der Landwirtschaftskammer unter anderem auf die Auswirkungen der Inflation zurückzuführen: Viele alltägliche Produkte seien teurer geworden, die Kunden verzichteten deshalb auf Lebensmittel wie Erdbeeren.

Bauernpräsident Joachim Rukwied betonte gegenüber der dpa:

"Die Leute sind zögerlicher, die Abnahme ist verhalten. Auf der anderen Seite sind unsere

Erzeuger mit Dumping-Importen konfrontiert, wie zum Beispiel drei Euro für ein Kilogramm Spargel aus Italien."

So könne man nicht produzieren. Rukwied erklärt:

"Da legt man drauf. Die Folge ist, dass einzelne Betriebe Teilflächen schon vorab aus der Ernte genommen haben, weil es sich nicht rechnet."

Auch Marktbeobachtungsexpertin Würtenberger sagte, es sei eine gewisse Kaufzurückhaltung zu spüren. Außerdem sei der Konkurrenzdruck durch Importware in diesem Jahr schon im April ungewöhnlich hoch gewesen, sagte Würtenberger. "In Spanien war der März eher kühl, der Saisonstart dort hat sich verzögert." Dadurch seien spanische Erdbeeren erst später als sonst in Deutschland im Angebot gewesen.

In den Niederlanden und Belgien habe sich die Ernte ebenfalls verzögert, weil viele Produzenten angesichts der Energiekosten ihre Gewächshäuser weniger geheizt hätten als in früheren Jahren. Würtenberger: "Auch die Ware ist dann später auf den deutschen Markt gekommen". Schon in der Phase noch vor dem Verkauf der ersten deutschen Freilanderdbeeren sei das Angebot daher deutlich größer gewesen als sonst – das hat den deutschen Obstbauern das Leben schwer gemacht.

Ob ähnliche Entwicklungen bald zum Beispiel auch bei Kirschen und anderem Obst zu erwarten seien, lasse sich noch nicht absehen, sagte Würtenberger. Bei Spargel hat die AMI dagegen schon einen vergleichbaren Trend zu Zurückhaltung beim Kauf beobachtet. Spargel gilt den Experten zufolge als "verzichtbares Gemüse". Und wenn angesichts der hohen Inflation das Geld tatsächlich oder zumindest gefühlt knapp wird, halte sich der ein oder andere Verbraucher beim Einkaufen auf dem Wochenmarkt oder im Kaufhaus dann eben zurück.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629c7b7648fbef79d679abae.jpg>

7:00 de.rt.com: US-Botschafter in Russland: Kein völliger Abbruch der Beziehungen zwischen Moskau und Washington möglich

Der US-Botschafter in Russland John Sullivan hat in einem Interview mit der Nachrichtenagentur TASS erklärt, dass ein völliger Abbruch der Beziehungen zwischen Moskau und Washington nicht möglich sei. Der Kontakt müsse aufrechterhalten werden. Sullivan stellte fest, dass die Vereinigten Staaten und Russland sich auch nie endgültig trennen würden. Er sagte:

"Wir können nicht einfach die diplomatischen Beziehungen abbrechen und aufhören, miteinander zu reden."

"Bei den Sitzungen des UN-Sicherheitsrats in New York sitzen wir mindestens jeden Tag nebeneinander. Was auch immer es ist, es ist besser, wenn wir bei der UNO, im Sicherheitsrat, miteinander reden."

Der Diplomat betonte die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der jeweiligen Vertretungen und betonte:

"Das ist das absolute Minimum. Das sind die Grundlagen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629d815bb480cc6be43d2fad.jpg>

7:25 de.rt.com: **Gouverneur des Gebietes Kursk meldet Beschuss des Dorfes Tjotkino**

Das an die Ukraine grenzende Dorf Tjotkino im russischen Gebiet Kursk wurde erneut von ukrainischer Seite beschossen. Das meldete der Gouverneur des Gebietes Roman Starowoit am Montag auf seinem Telegram-Kanal. Angaben zu den Opfern würden derzeit geklärt. Er [schrieb](#):

"Das Dorf Tjotkino im Bezirk Gluschkowski wurde heute früh erneut beschossen. Die Angriffe richteten sich gegen eine Brücke und örtliche Unternehmen. Informationen zu Schäden und möglichen Opfern werden derzeit geklärt."

Ergänzung (t.me/gubernator_46): In einem weiteren [Post](#) äußerte sich Starowoit zu den *Beschussfolgen*.

„Ich berichte die Einzelheiten des morgendlichen Mörserbeschusses des Dorfes Tjotkino. Es gab keine Verwundeten oder Toten. Der Hauptschlag wurde der örtlichen Brücke zugefügt, es gibt Schäden. Das benachbarte zweistöckige Wohnhaus mit 8 Wohnungen und Nebengebäuden wurden schwer beschädigt. Das Dach des Hauses wurde aufgeschlitzt, die Fenster komplett zertrümmert. Ein Auto brannte aus. Auf dem Gelände der Zuckerfabrik gibt es Schäden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629da252b480cc6be43d2fba.jpg>

Ausgebrannter PKW und zerstörte Wohnhäuser im Dorf Tjotkino im Gebiet Kursk nach Beschuss durch ukrainische Streitkräfte

8:35 de.rt.com: **Behörden des Gebietes Cherson: Gefahr der Infiltration durch**

Sabotagegruppen besteht weiter

In Cherson bestehe weiterhin die Gefahr, dass Sabotage- und Aufklärungsgruppen der ukrainischen Armee das Gebiet infiltrieren. Darauf wies der Leiter der zivil-militärischen Verwaltung des Gebietes Cherson Wladimir Saldo in einem Interview mit der Nachrichtenagentur [TASS](#) hin.

Er wies darauf hin, dass die größte Bedrohung der Infiltration durch Sabotage- und Aufklärungsgruppen entlang der Flüsse bestehe, wo sie schnell in das Gebiet Cherson und die Stadt selbst eindringen können.

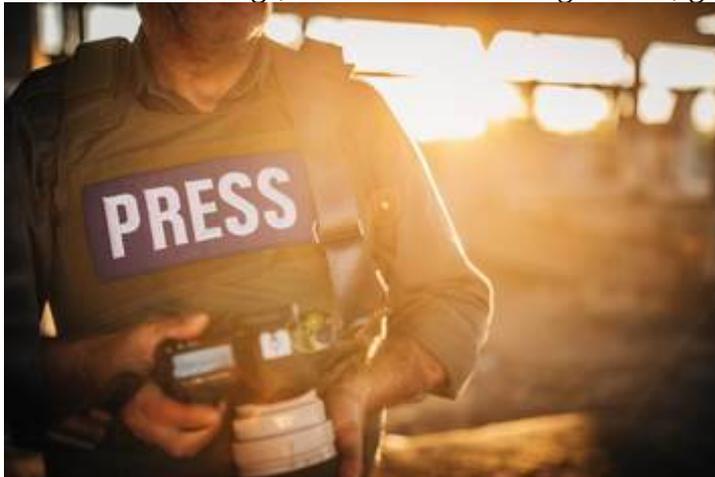
8:55 de.rt.com: In Sewerodonezk verwundete Reuters-Journalisten wurden operiert

Zwei Reuters-Journalisten, die am 3. Juni in Sewerodonezk unter Beschuss geraten waren, wurden operiert und nach Donezk gebracht. Das teilte das Gesundheitsministerium der Volksrepublik Lugansk der RIA Nowosti mit. In der Mitteilung hieß es:

"Die Journalisten sind operiert worden. Einer hatte einen offenen Armbruch und wurde mit einer Speiche versorgt. Dem anderen wurden zwei Splitter aus dem Bein entfernt, und er hat ein massives Hämatom am Kopf."

Beide Journalisten seien nach Donezk gebracht worden. Einer von ihnen sei dann in eine örtliche Klinik eingeliefert worden.

Am Freitag berichtete der RT-Korrespondent Igor Schdanow über den Beschuss von Fahrzeugen mit Journalisten im Donbass durch das ukrainische Militär, darunter waren auch RT- und Reuters-Journalisten. Der Pressedienst von Reuters teilte später mit, dass ihre Mitarbeiter verwundet wurden, als sie in Sewerodonezk unter Beschuss gerieten und dass der Fahrer des Fahrzeugs, mit dem sie unterwegs waren, getötet wurde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629d8d5eb480cc3cec7ea368.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 06.06.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

41 Mann;

3 Schützenpanzerwagen;

1 Panzer;

10 Fahrzeuge.

Die Volksmiliz der LVR ist bestrebt, das Leben der ukrainischen Soldaten zu bewahren und ruft sie auf, die Waffen niederzulegen. So setzen Artillerieeinheiten der Volksmiliz den Abwurf von Agitationsflugblättern über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte fort. Gestern hat der Direktor des „Fonds zur Erforschung von Fragen der Demokratie“ M.

Grigorjew das befreite Popasnaja besucht und sich mit Einwohnern der Stadt unterhalten, die von Kriegsverbrechen der ukrainischen Straftruppen berichteten.

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien und evakuiert die Zivilbevölkerung aus der Kampfzone.

So haben gestern Freiwillige der gesellschaftlichen Organisation „Nahrung des Lebens. Donbass“ gemeinsam mit Einheiten der Volksmiliz warmes Essen nach Rubeshnoje geliefert.

8:58 de.rt.com: **Sacharowa: NATO-Länder behindern Lawrows Reise nach Serbien**

NATO-Staaten haben einer russischen Delegation unter der Führung des russischen Außenministers den Luftraum gesperrt, so die Sprecherin des russischen Außenamtes. Lawrow sollte zu Gesprächen nach Belgrad reisen, doch an Serbien grenzende Nato-Staaten verhinderten dies.

Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, hat bestätigt, dass die an Serbien angrenzenden Länder ihren Luftraum für das Flugzeug des russischen Außenministers Sergei Lawrow gesperrt haben, als dieser auf dem Weg nach Belgrad war. Sie erklärte am späten Sonntag in einer Sendung des italienischen Fernsehsenders La7:

"Die an Serbien angrenzenden Länder haben die einzige Flugroute für das Flugzeug von Sergei Lawrow gesperrt, das nach Serbien abfliegen sollte. Die russische Delegation sollte in Belgrad Gespräche führen, und die EU- und NATO-Mitgliedstaaten schlossen den Luftraum. Dies ist ein weiterer geschlossener Kommunikationskanal."

Die serbische Tageszeitung Večernje novosti hatte zuvor berichtet, dass Bulgarien, Nordmazedonien und Montenegro ihren Luftraum für Lawrows Flugzeug, das nach Serbien abfliegen sollte, gesperrt hätten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629da370b480cc474b29921f.jpg>

9:59 (8:59) novorosinform.org: **Wolodin kündigte die Verabschiedung von Gesetzen zur Nichtausführung von Entscheidungen des EGMR an**

Der Sprecher der Staatsduma der Russischen Föderation Wjatscheslaw Wolodin sagte, dass die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die nach dem 15. März angenommen wurden, in Russland nicht vollstreckt würden.

Wolodin stellte in seinem Telegram-Kanal fest, dass der EGMR zu einem Instrument des politischen Kampfes westlicher Politiker gegen Russland geworden sei. Er fügte hinzu, dass viele seiner Entscheidungen gegen die Verfassung der Russischen Föderation verstießen.

Wolodin erinnerte daran, dass der Europäische Gerichtshof von Russland u. a. verlangt habe, gleichgeschlechtliche Ehen anzuerkennen, was den Werten der Mehrheit der Einwohner des Landes widerspreche.

Der Sprecher der Staatsduma erklärte, dass die Verabschiedung von föderalen Gesetzen über die Nichtausführung von Entscheidungen des Straßburger Gerichts in dieser Woche geplant

sei. Er stellte klar, dass Zahlungen aufgrund von Gerichtsbeschlüssen, die bis zum 15. März in Kraft getreten sind, nur in Rubel auf Konten bei russischen Banken erfolgten. Darüber hinaus sehe eine der Änderungen vor, dass die Entscheidungen der russischen Gerichte Vorrang vor den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs haben.



https://novorosinform.org/content/images/59/43/45943_720x405.jpg

10:15 (9:15) novorosinform.org: **Deutsche Außenministerin lehnt Treffen mit ukrainischem Botschafter ab**

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat einem Treffen mit dem ukrainischen Botschafter in Deutschland Andrej Melnik nicht zugestimmt. Das Auswärtige Amt teilte mit, die Ministerin nur mit Kollegen, d.h. Außenministern anderer Länder, zusammentreffen werde, Botschafter seien nicht vorgesehen. Einer der Gründe für die Absage soll sein, dass Melnik Berlin wegen der unklaren Position zur Militärhilfe für die Ukraine immer wieder angegriffen hat. Auch dieses Mal konnte sich der Botschafter eine harsche Antwort nicht verkneifen. "Ich möchte, dass die deutsche Chefdiplomatin Zeit für den ukrainischen Botschafter findet", sagte Melnik und bestand weiterhin auf einem vertraulichen Gespräch.



https://novorosinform.org/content/images/59/45/45945_720x405.jpg

9:35 de.rt.com: **Melitopol wird zur vorläufigen Hauptstadt des Gebietes Saporoschje**

Melitopol ist faktisch zur vorläufigen Hauptstadt des befreiten Teils des Gebietes Saporoschje geworden. Darauf wies ein Mitglied des Hauptrates der Militär- und Zivilverwaltung des Gebietes Wladimir Rogow hin. Er erklärte [RIA Nowosti](#):

"Bis zur Befreiung der Stadt Saporoschje ist Melitopol die vorläufige Hauptstadt des Gebietes Saporoschje. Erstens ist sie die größte Stadt und zweitens liegt sie logistisch gesehen

zwischen zwei anderen großen und wichtigen Städten Berdjansk und Energodar." Zuvor war berichtet worden, dass zwei Drittel der Region Saporoschje von ukrainischen Nationalisten befreit worden sei und sich unter der Kontrolle der russischen Armee befinde. Gleichzeitig stehe das regionale Zentrum, die Stadt Saporoschje, weiterhin unter der Kontrolle Kiews.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629d93e5b480cc46556209fc.jpg>

Stele am Rande der Stadt Melitopol

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 6.6.22 um 10:30 Uhr**
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 460 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, 155mm-, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Dabei **starb ein Zivilist, 6 wurden verletzt**. 78 Wohnhäuser und 8 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über Verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen. Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden ein Panzer, 2 Schützenpanzer und 40 Mann vernichtet. Durch heftigen Beschuss wurden 2 Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Georgijewka unterdrückt.

9:50 de.rt.com: **Wohnhäuser und zivile Infrastruktur in der Volksrepublik Donezk an einem Tag 457 Mal beschossen – ein Toter, sechs Verletzte**

Eine grausame Zwischenbilanz der 24 Stunden ab dem fünften Juni 3 Uhr morgens hat die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Koordinierungs- und Kontrollzentrum (JCCC) [veröffentlicht](#): Insgesamt 51 Mal hat das ukrainische Militär Städte des Staatsgebietes der Republik mit Rohr- und Raketenartillerie sowie mit Mörsern, Panzerfäusten und rückstoßfreien Geschützen beschossen – und dabei sage und schreibe 457 Geschosse aller Art abgefeuert. Unter Beschuss fanden sich zwölf Ortschaften der DVR wieder. Ein Mann Jahrgang 1952 kam in Gorlowka [ums Leben](#), außerdem wurden [weitere vier Männer](#) und zwei [Frauen](#) in den Bezirken Kiewski, Kuibyschewski und Petrowski der

Stadt Donezk sowie in Gorlowka verletzt.

Gegen Donezk setzten die kiewtreuen Truppen mehrheitlich schwere Kaliber ein: Mehrfachraketen vom Typ Grad (122 Millimeter), Haubitzen im neuerdings in der Ukraine gängigen NATO-Kaliber 155 Millimeter sowie 152-Millimeter- und 122-Millimeter-Artillerie. Im Donezker Vorort Gorlowka wurden Granateneinschläge von 122-Millimeter-Haubitzen, 120- und 82-Millimeter-Mörsern, Panzerfäusten und rückstoßfreien Geschützen gemeldet.

Neben Donezk und Gorlowka kamen zehn weitere Ortschaften der Republik unter Beschuss: Dolomitnoje, Golmowka, Saizewo (Süd), Schelesnaja Balka, Panteleimonowka, Michailowka, Makejewka, Jasinowataja, Mineralnoje und Jelenowka.

[Bezüglich](#) der Stadt [Donezk](#) und ihrer [Trabantenstadt Gorlowka](#) meldet die Vertretung der Volksrepublik im JCCC Schäden an 78 Wohngebäuden in fünf Stadtbezirken und an acht zivilen [Infrastruktureinrichtungen](#).



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/B-cDZKTu-x2VYEopXHEiglWHD523fsrx93iB3pecpoIv0kQU-mZ90zUhIizr7ZqGqMdl1NwIkDdbiqWJ20Z2vSx7u9RHRUXDA3WKYWEVK5UNKZzzU1JFqy9UxKmP89CiH_qpcy2IT6WGFVWVndyIbYgAAG_aHt89sK-iZnMrZsO9-MGuxUBgBqGaERJ5QeiuHM-Tgs9uK829s8Yd0Xuk5kr5_unQW7AcVNIA8tw8Ev7yh5xud3yLHZArLp2KyELxB8IpHfg73ynAcxwdD6UxHTBHhFS8eXUsFFF_VMXZ-xpNtB6BGQHNWL8B2QQaOsFXheLnCLo8MtlKRteY7B5i5Q

10:25 de.rt.com: **Großbritannien kündigt Lieferung erster Mehrfachraketenwerfer an die Ukraine an**

London will Kiew im Ukraine-Krieg erstmals Mehrfachraketenwerfer mit hoher Reichweite übergeben. Die britische Regierung gab an, mehrere Raketensysteme vom Typ [M270](#) mit bis zu 80 Kilometern Reichweite in das Land zu schicken, nach BBC-Informationen sollen es zunächst drei sein. Der britische Verteidigungsminister Ben Wallace sagte am Montag: "So wie Russlands Taktik sich verändert, so muss sich auch unsere Unterstützung verändern." Die hochpräzisen Waffen sollen die Verteidigung der Ukraine "gegen die brutalen Angriffe Russlands" besser gewährleisten, so der Minister ferner. Er fügte hinzu: "Wenn die internationale Gemeinschaft weiter unterstützt, glaube ich, dass die Ukraine gewinnen kann."

Ukrainische Truppen sollen demnach in Großbritannien an den Waffen ausgebildet werden, hieß es. Die Lieferung sei eng mit den USA abgestimmt, die kürzlich bereits die Lieferung von Waffen mit hoher Reichweite angekündigt hatten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629dae16b480cc4ba01d4495.jpg>

Das Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesystem (MLRS) des Typs M270 des finnischen Militärs bei einer Militärübung nahe Rovaniemi am 23. Mai 2022

10:40 de.rt.com: **Russland liefert mehr als 24.000 Tonnen Hilfsgüter in den Donbass und die Ukraine**

Seit Beginn der Eskalation des militärischen Konflikts in der Ukraine haben bereits 340 russische Hilfskonvois die Einwohner der Donbass-Republiken DVR und LVR sowie der Ukraine mit humanitären Gütern versorgt. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum mehr als 24.000 Tonnen humanitäre Hilfe in diese Regionen geliefert, teilte ein Vertreter der Rettungsdienste gegenüber RIA Nowosti mit. Er wies darauf hin, dass darunter etwa 8.500 Tonnen Hilfsgüter in die befreiten Gebiete der Ukraine geschickt wurden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629db66648fbef1154561d2d.jpg>

"Der Hilfszug für den Donbass" mit humanitären Gütern bei der Abfahrt aus Moskau, 18. Mai 2022

11:00 de.rt.com: **Politico: USA gegen jeden Deal zu Getreideexport aus der Ukraine, der eine Lockerung von Sanktionen gegen Moskau bedeuten würde**

Die US-Regierung wird keine Vereinbarungen über den Export von Getreide aus der Ukraine unterstützen, die eine Lockerung der Sanktionen gegen Russland beinhalten. Dies geht aus einem [Artikel](#) hervor, der am Sonntag in der US-Zeitung Politico veröffentlicht wurde. Im Artikel wird festgehalten, dass "die UN versucht, mit Russland zu verhandeln, damit die Ukraine ihre Getreideexporte über das Schwarze Meer wiederaufnehmen kann". Doch ein anonymes hochrangiges Beamter der Biden-Regierung habe gegenüber der Zeitung Russlands Position "Nötigungsdiplomatie" genannt und erklärt, "die USA werden einem Abkommen, bei dem jeglicher wirtschaftlicher Druck auf den Kreml wegfallen würde, nicht zustimmen". Auch Republikaner im US-Kongress hätten sich gegen eine Lockerung der Sanktionen gegen Moskau ausgesprochen. Eine solche Position vertrete insbesondere Senator Jim Rish (für den US-Bundesstaat Idaho), aktuell der ranghöchste Republikaner im Auswärtigen Ausschuss des US-Senats. Auch er sprach von "Erpressung". Politico weist auf "die jüngsten Äußerungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin und russischer Regierungsbeamter" hin, die angedeutet hätten, "dass sie die Blockade der ukrainischen Häfen lockern würden, wenn der Westen im Gegenzug seine Wirtschaftssanktionen gegen Moskau aufhebt."

Doch hier muss den US-Beamten mindestens eine lückenhafte Kenntnis der Sachlage vorgeworfen werden. So erinnerte Putin unlängst daran, dass einem Export des ukrainischen Getreides über den nach wie vor unter Kiew Kontrolle stehenden Hafen von Odessa und anderen nichts im Wege stehe – nur müsste Kiew eine Entminung von deren Fahrwassern veranlassen, die es selber verminen ließ. Auch betonte er die Bereitschaft, ukrainisches Getreide über die in Russlands Hand befindlichen Häfen von Berdjansk und Mariupol ausschiffen zu lassen. Und das Einfachste schließlich sei eine Ausfuhr über Weißrussland und weiter über die Häfen der baltischen Staaten – wofür in der Tat die Sanktionen gegen Minsk fallengelassen werden müssten.

Auch hatten unlängst sowohl [Russlands Staatschef](#) als auch besagte [Beamte](#) mehrfach auf die komplizierte Natur der anwachsenden Lebensmittelkrise hingewiesen, die sich mit dem Problem des Getreideexports aus der Ukraine mitnichten erschöpft, weil die fraglichen Mengen schlicht ein Tropfen auf den heißen Stein wären. Putin wörtlich:

"Jetzt heißt es, die Ukraine sei bereit, 20 Millionen Tonnen zu exportieren. 20 Millionen Tonnen im Vergleich zur Weltproduktion – 800 Millionen Tonnen – wie viel ist das? Das sind 2,5 Prozent. Wenn wir aber davon ausgehen, dass Weizen nur 20 Prozent der weltweiten Nahrungsmittel ausmacht, bedeutet das, dass die 20 Millionen Tonnen ukrainischen Weizens 0,5 Prozent ausmachen. Das ist gar nichts."

Vielmehr liegt der Kern des aktuellen weltweiten Lebensmittelproblems in der durch allerlei Sanktionen verhinderte oder behinderte Ausfuhr an Düngemitteln aus Russland und Weißrussland – die insgesamt zum Beispiel bei Kali-Dünger für knapp die Hälfte aller Weltmarktlieferungen verantwortlich sind, [erinnerte](#) Russlands Vize-Außenminister Andrei Rudenko. So habe beispielsweise auch die Verteuerung von Erdgas, eines wichtigen Rohstoffs zur Herstellung von Stickstoffdünger zu dessen Verteuerung und schließlich zur Schließung zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe beigetragen, [führte](#) Wladimir Putin an.

12:08 (11:08) novorosinform.org: **Moskalkowa besorgt über den Mangel an Informationen über russische Gefangene**

Tatjana Moskalkowa, Kommissarin für Menschenrechte in der Russischen Föderation, erklärte während ihres Berichts an Wladimir Putin, dass das Internationale Komitee vom Roten Kreuz die erforderlichen Informationen nicht übermittelt.

Laut Moskalkowa hat das Rote Kreuz nie darüber berichtet, wie internationale Normen und Regeln in Bezug auf gefangene Russen eingehalten werden, und auch russische Vertreter nicht über ihren Besuch informiert.

Die Ombudsfrau ihrerseits besuchte persönlich ukrainische Gefangene in Sewastopol. Dort

überzeugte sie sich mit eigenen Augen von der Erfüllung der humanitären Bedürfnisse, hielt einen persönlichen Empfang ab und informierte auch die Angehörigen über alles.



https://novorosinform.org/content/images/59/58/45958_720x405.jpg

11:25 de.rt.com: **Medwedew: Sechstes EU-Sanktionspaket zielt auf "Brand der globalen Wirtschaftsrevolution" ab**

Das sechste Sanktionspaket der Europäischen Union gegen Russland wird zur Entstehung einer revolutionären Situation in der Welt führen, meint der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates und Ex-Präsident Dmitri Medwedew. Er [schrieb](#) auf seinem Telegram-Kanal am Montag:

"Die Europäische Kommission hat das sechste Sanktionspaket verabschiedet, um die russische Wirtschaft endgültig in den Ruin zu treiben. Aber offenbar ist das Ziel nicht Russland, sondern der Brand der globalen Wirtschaftsrevolution. Nur hat jemand vergessen, dass die Revolution ihre Kinder verschlingt."

In Bezug auf die schrittweise Einführung des Öl-Embargos stellte Medwedew fest, dass Europa nicht sofort auf russische Rohstoffe verzichten könne, da es sonst von seinen eigenen Bürgern und Unternehmen "an die Wand gestellt werden" könnte. Man sei sich in der EU auch bewusst, trotzdem zu "grauen Schemata" greifen zu müssen, um Öl aus Russland trotz der Sanktionen auf Umwegen kaufen zu können. Der Politiker wies außerdem auf die negativen Folgen des Embargos hin, die in Europa bereits jetzt zu beobachten sind, darunter die Fernfahrer-Streiks in Italien, die Einfuhr-Blockade für ausländische Fahrzeuge in Polen und Ungarn sowie den Verzicht polnischer Behörden, die Rohstoffe kostenlos in die Ukraine zu liefern. Medwedew fasste zusammen:

"Wenn man bedenkt, wie die Restriktionen funktionieren und wie sich die wirtschaftliche Situation in der EU vor dem Hintergrund skurriler antirussischer Feindbilder entwickelt, ist etwas schief gelaufen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629dc67bb480cc46083892f2.jpg>

12:36 (11:36) novorosinform.org: **Das chinesische Außenministerium reagiert auf Taiwans Verbot von Chip-Exporten nach Russland**

Das Verbot des Verkaufs von Chips sei ein weiterer Versuch, die Russische Föderation einzudämmen, aber es werde keine Ergebnisse bringen. Dies erklärte der offizielle Vertreter des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian.

„Solche Bemühungen der taiwanesischen Seite sind eindeutig zum Scheitern verurteilt“, sagte der Diplomat.

Lijian merkte an, dass die taiwanesischen Seite mit solchen Schritten versuche, die Spannung zu erhöhen.

Zuvor wurde berichtet, dass die taiwanesischen Behörden die Lieferung von Hightech-Waren nach Russland und Weißrussland verboten haben, insbesondere bestimmte Arten von Chips und Mikroprozessoren.

11:40 de.rt.com: **Westliche und japanische Automobilhersteller wegen Befolgung westlicher Sanktionen in Russland vor Gericht**

Der russische Verbraucherschutzverein "Öffentliche Verbraucherinitiative" hatte Ende März Klage gegen russische juristische Personen eingereicht. Es handelt sich um russische Zweigstellen großer Autohersteller, die als Importeure von Automobilen und Teilen fungieren. Darunter finden sich Volkswagen, Mercedes-Benz, General Motors und Toyota Motor.

Unterdessen ist der erste Gerichtsbeschluss zuungunsten Toyotas gefallen. Dies [berichtete](#) die Zeitung Iswestija am Montag unter Berufung auf den Leiter des Vereines, Oleg Pawlow.

Der Kläger und ebenso die Beklagten wandten sich an die russische Verbraucherschutzbehörde Rospotrebnadzor und die Behörde zum Schutz der Verbraucherrechte hat von ihrem Recht Gebrauch gemacht, einem Gerichtsverfahren beizutreten. Pawlow führte aus:

"Die wichtigste Forderung ist die Beendigung der Sanktionen und die Wiederaufnahme der Lieferung der gesamten Produktpalette. In der Klageschrift weist die öffentliche Organisation beispielsweise darauf hin, dass Toyota Motor die Lieferung von Fahrzeugen und Ersatzteilen sowie Zubehör rechtswidrig eingestellt hat. Infolgedessen wurde den Verbrauchern die Möglichkeit genommen, ihr Recht auf kostenlose Beseitigung von Herstellungsfehlern, Ersatz des Fahrzeugs sowie dessen Wartung und Reparatur wahrzunehmen."

Die für den Großraum und das Gebiet Moskau zuständige Filiale von Rospotrebnadzor habe

daher die Forderungen der Verbraucherinitiative, die Lieferung von Ersatzteilen und Fahrzeugen wiederaufzunehmen, als "gesetzeskonform und vorbehaltlich der vollständigen Erfüllung" bestätigt.

Es gebe auch Anträge, die Konten und das Eigentum der Unternehmen zu beschlagnahmen, zwecks weiterer Schritte zum Schutz der Interessen der Verbraucher, so Oleg Pawlow. Aber: "Das hat keine prinzipielle Wichtigkeit. Die Hauptsache ist die Wiederaufnahme der Lieferungen von Ersatzteilen und Pkw."

12:43 (11:43) novorosinform.org: **Putin zwingt den Westen, seine eigenen Energiesanktionen zu umgehen – Medien**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat den wunden Punkt in Europa getroffen, schreibt Bloomberg.

In der Veröffentlichung heißt es, dass steigende Kraftstoffpreise im Westen eine hohe Inflation und eine wirtschaftliche Rezession provozierten. In dieser Hinsicht sei die Europäische Union gezwungen, Zugeständnisse an Russland zu machen.

Es wird festgestellt, dass die EU-Länder bereits "sanktionsmüde" seien und dies der Grund für die Spaltung innerhalb des Verbandes sei. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass die "Finanzwaffe" kein perfektes Werkzeug ist, das selektiv agiert und unvorhergesehene Konsequenzen provoziert.

Bloomberg Economics schätzt, dass Russlands Einnahmen aus Öl und Gas sowie anderen Rohstoffen in der Lage sein werden, die 300 Milliarden US-Dollar an russischen Devisenreserven auszugleichen, die unter Sanktionen eingefroren sind.



http://novorosinform.org/content/images/59/62/45962_720x405.jpg

nachmittags:

12:11 de.rt.com: **USA und Südkorea feuern acht Raketen über Japanischem Meer ab – Warnung an Nordkorea?**

Südkorea und die USA haben vor der südkoreanischen Ostküste acht Boden-Boden-Raketen abgeschossen. Der Raketentest sei eine Reaktion auf die jüngsten Raketenstarts in Nordkorea. Pjöngjang hatte damit auf ein gemeinsames Manöver Südkoreas und den Vereinigten Staaten geantwortet.

Als Reaktion auf die jüngsten Raketentests Pjöngjangs haben Südkorea und die USA am frühen Montagmorgen ihrerseits ballistische Raketen abgefeuert. Die Reaktion sei eine Demonstration der "Fähigkeit und Bereitschaft, Präzisionsschläge gegen die Abschusspunkte nordkoreanischer Raketen oder dortige Kommandozentralen durchzuführen, wie der

Generalstab in Seoul laut einem [Bericht](#) der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap mitteilte. Die acht Boden-Boden-Raketen wurden demnach am frühen Montagmorgen binnen zehn Minuten abgefeuert und stürzten schließlich ins Japanische Meer.

"Unser Militär verurteilt die Serie an Provokationen durch ballistische Raketen durch den Norden und fordert ihn dringend auf, sofort Akte zu unterlassen, die die militärischen Spannungen auf der Halbinsel erhöhen", erklärte der südkoreanische Generalstab am Montag. Den Eskalationen war eine gemeinsame großangelegte, dreitägige Militärübung Südkoreas und der USA vorausgegangen, an der unter anderem auch der US-Flugzeugträger "USS Ronald Reagan" beteiligt war.

"Die Übung hat die Entschlossenheit beider Länder gefestigt, auf jegliche nordkoreanische Provokation streng zu reagieren und gleichzeitig das Engagement der USA für eine erweiterte Abschreckung zu demonstrieren", hieß es in einer Erklärung der Generalstabschefs von Seoul. Auf das gemeinsame Manöver der Verbündeten hatte Nordkorea am Sonntag ebenfalls mit acht Starts ballistischer Kurzstrecken-Raketen (SRBM) in Richtung des japanischen Meers geantwortet, worauf die USA und Japan am Sonntag wiederum mit einer gemeinsamen Übung reagiert hatten, berichtet die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Der japanische Generalstabschef bekräftigte, dass beide Seiten beabsichtigten, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen, um den Schutz Japans sowie Frieden und Stabilität in der Region zu gewährleisten, heißt es in dem Bericht.

Auch Japans Premierminister Fumio Kishida verurteilte die nordkoreanischen Raketenstarts und wies darauf hin, dass die japanische Regierung bei Nordkorea Protest eingelegt habe.

"Wir können solche Raketenstarts nicht tolerieren, weil sie den Frieden und die Stabilität der internationalen Gemeinschaft bedrohen", sagte Kishida vor Reportern. Er wies darauf hin, dass "wir uns weiterhin nach Kräften bemühen werden, in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten und Südkorea Informationen zu sammeln und Überwachungsmaßnahmen durchzuführen".

Nordkorea protestierte zuletzt immer wieder gegen die gemeinsamen Manöver. Bei den gemeinsamen Übungen handele es sich um Proben für einen Einmarsch in Nordkorea, kritisierte Pjöngjang.

Die USA versicherten nach den jüngsten Raketentests Nordkoreas, dass sie sich in der Angelegenheit weiter eng mit Verbündeten und Partnern abstimme. Die Raketenstarts unterstrichen "die destabilisierende Wirkung des illegalen Waffenprogramms Nordkoreas". In einer Erklärung bekräftigte das US-Pazifik-Kommando zudem, dass die USA weiterhin "eisern an der Verteidigung Japans und Südkoreas festhalten".

Im April führten die Vereinigten Staaten und Japan gemeinsame Manöver durch, bei denen die beiden Verbündeten nach Angaben der maritimen Selbstverteidigungsstreitkräfte Japans auch Informationen über den Abschuss ballistischer Raketen austauschten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629db49248fbef10813e1998.jpg>

12:20 de.rt.com: **Informationsfreiheit Marke Baltikum: Lettland sperrt ausnahmslos alle russischen TV-Sender**

Lettlands Nationaler Rat für elektronische Medien (NEPLP) hat die Ausstrahlung aller 80 bisher verbliebenen russischen Fernsehkanäle im Land verboten, die den lettischen Zuschauern noch zur Verfügung standen.

Wie der Vorsitzende Ivars Āboliņš gegenüber der inländischen Informationsagentur LETA erklärte, wurde die Entscheidung auf der Grundlage einer neuen gesetzlichen Norm getroffen. Danach dürfen Programme, die in einem Land registriert sind, das die Unabhängigkeit und territoriale Integrität eines anderen Landes bedroht, nicht in Lettland arbeiten. Der Beschluss trete am neunten Juni in Kraft und bleibe so lange in Kraft, "bis Russland den Krieg beendet und die Krim [an die Ukraine] zurückgibt".

Entertainment-TV als Gefahr für die Demokratie

Verboten wurden Kanäle wie E TV, Illusion+, Kino24, Mir TV, Ochota i Rybalka (Jagd und Fischfang), Peretz, Russki Illusion und andere Sender dieser Art.

Bereits Anfang März hatte der NEPLP die Sperrung russischer TV-Sender – einschließlich Unterhaltungskanäle – beschlossen. Die Global Media SIA, die diese TV-Kanäle in Lettland vertreibt, reichte dagegen Klage ein und gewann zunächst: Am 29. April beschloss das Verwaltungsgericht, die russischen Fernsehsender TNT – Comedy, TNT4 International, Pjatniza, KHL TV Channel und TNT Music vorübergehend wieder in Lettland ausstrahlen zu lassen. NEPLP hätte nicht schlüssig darlegen können, inwiefern diese Unterhaltungskanäle die nationale Sicherheit Lettlands bedrohen würden.

Der NEPLP legte seinerseits gegen die Entscheidung Berufung bei einem höheren Gericht ein. Im selben Zeitraum jedoch, am 26. Mai, nahm die lettische Saeima (das Parlament der Republik Lettland) in letzter Lesung Änderungen am Gesetz über elektronische Medien an: Diese geben dem NEPLP Befugnisse, die Ausstrahlung ausländischer Sender zu beschränken, wenn sie in Ländern produziert werden, die, wie es heißt, "die Souveränität anderer Länder bedrohen".

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 6. Juni 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF 229 Ortschaften, einschließlich Seljonyj Gaj und Petrowskoje, befreit und vollständig unter Kontrolle genommen.

Es laufen Kämpfe um Swjatogorsk.

13:14 de.rt.com: **Russland steigert Gaslieferungen nach China**

Der russische Energiekonzern Gazprom hat laut eigenen Angaben seine Gasexporte nach China gesteigert. Die Steigerung falle unter den bilateralen Langzeitvertrag mit der China National Petroleum Corporation und werde über die Pipeline Power of Siberia abgewickelt, hieß es.

Gazprom teilte vergangene Woche mit, dass die Gasexporte nach China über die Power of Siberia-Pipeline weiter zugenommen hätten. Die erhöhten Liefermengen seien Teil eines "bilateralen Langzeitvertrags zwischen Gazprom und der China National Petroleum Corporation CNPC", teilte das Unternehmen auf seinem offiziellen Telegram-Kanal mit. Im Jahr 2019 hat die 3.000 Kilometer lange grenzüberschreitende Pipeline offiziell mit der Lieferung von Erdgas aus Russland nach China begonnen. Die Kapazität der sogenannten Ostroute beträgt 61 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr, davon 38 Milliarden Kubikmeter für den Export. Im Jahr 2020 lieferte Gazprom 4,1 Milliarden Kubikmeter Gas über die Power of Siberia-Pipeline nach China.

Die erste Vereinbarung über Gaslieferungen durch die Pipeline wurde 2014 getroffen, als Gazprom und CNPC einen 30-Jahres-Vertrag unterzeichneten. Das Abkommen im Wert von 400 Milliarden US-Dollar ist das größte, das Gazprom je abgeschlossen hat, und die Power of

Siberia ist die erste Erdgaspipeline, die zwischen Russland und China gebaut wurde. Nach eigenen Angaben arbeitet Gazprom derzeit an dem Projekt Power of Siberia 2, das den Bau einer Gaspipeline nach China mit Verlauf durch die Mongolei vorsieht. Die Pipeline wird nach ihrer Inbetriebnahme bis zu 50 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr liefern können. Gazprom will Chinas größter Erdgaslieferant werden und bis 2035 mehr als 25 Prozent der chinesischen Importe abdecken.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629dc718b480cc44017c7b6b.jpg>

13:30 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium meldet von EU gelieferte T-72 Panzer in Kiewer Außenbezirken zerstört**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, [erklärte](#) am Sonntag, dass T-72 Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, die "von osteuropäischen Ländern geliefert" wurden, am Stadtrand von Kiew zerstört worden sind. Der Sprecher fügte hinzu, dass der Angriff durch hochpräzise, luftgestützte Langstreckenraketen der russischen Luft- und Raumfahrtkräfte durchgeführt wurde.

Der Vorstandsvorsitzende der ukrainischen Eisenbahnen, Alexander Kamischin, erklärte am Sonntag, dass vier Raketen der russischen Truppen "das Waggonreparaturwerk Darnitsa am linken Ufer von Kiew getroffen haben".



https://sun9-83.userapi.com/impf/s16WxAquMG89E24Y01y-7Xz3-89iYmH3v2RaMQ/rE3db4IxVGY.jpg?size=800x450&quality=96&keep_aspect_ratio=1&background=000000&sign=77695240f7ca476124d06151e1c9a80d&type=video_thumb

14:58 (13:58) novorosinform.org: **Feinde in Europa werden die Freundschaft zwischen Russland und Serbien nicht stören können – Peskow**

Der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation kommentierte den Vorfall der Schließung des Luftraums für das Flugzeug von Sergej Lawrow.

Dmitri Peskow bezeichnete das Vorgehen Bulgariens, Montenegros und Nordmazedoniens als

feindselig gegenüber Russland und seinen Vertretern. Er fügte hinzu, dass dies Probleme verursachen könnte, einschließlich Änderungen am Kontaktplan.

Gleichzeitig stellte der Pressesprecher fest, dass die Beziehungen zu befreundeten Ländern wie Serbien nicht ernsthaft beeinträchtigt würden.

„Dies bringt ein gewisses Unbehagen in die diplomatische Arbeit, aber es wird die Fortsetzung der diplomatischen Arbeit nicht beeinträchtigen“, sagte Peskow.

Zuvor hatte heute heute eine Reihe von Ländern den den Luftraum für das Flugzeug von Sergej Lawrow, das nach Serbien fliegen sollte, geschlossen und damit die Verhandlungen behindert.



https://novorosinform.org/content/images/59/75/45975_720x405.jpg

14:15 de.rt.com: **"Der Wunsch nach Ruhe ist größer als die Angst vor Krieg" – Bewohner Mariupols kehren an ihre Strände zurück**

Die Bewohner von Mariupol waren beim Sonnenbaden und Schwimmen in der Nähe der Taganrog-Bucht zu sehen, wie [Aufnahmen](#) zeigen. Eine der Einwohnerinnen, Wladlena, sagte, sie habe keine Angst, zu schwimmen und sich am Strand auszuruhen.

"Was auf dem Meer sein mag, ist nicht viel beängstigender als das, was [an Land] noch vor einem Monat war. Wir dachten nicht, dass wir in diesem Sommer schwimmen können, also nein – [keine Angst]. Der Wunsch, sich auszuruhen, ist größer als die Angst vor etwas", sagte sie.

Eine andere Strandbesucherin, Tatiana, glaubt, dass es sicher ist zu schwimmen, weil der Hafen von Minen geräumt wurde. "Ich habe den Eindruck, dass dieser Teil des Strandes inspiziert wurde, weil der Hafen, wie wir wissen, geräumt wurde. Nun, wir haben Vertrauen. Wir schwimmen nur deshalb nicht, weil es nicht auf unserem Plan stand, aber ansonsten ist es natürlich möglich, dass Kinder [dort] schwimmen", sagte die Frau gegenüber Reportern.



<https://sun9-3.userapi.com/impf/QMw31VrKcwr5Ppf08dCn2PtxdE7IXXLUXPghuw/>

[5VA1TsxjbLM.jpg?
size=800x450&quality=96&keep_aspect_ratio=1&background=000000&sign=8ed23b254c9c
cbf3eaf4aa86db46c6a9&type=video_thumb](https://www.de.rt.com/5VA1TsxjbLM.jpg?size=800x450&quality=96&keep_aspect_ratio=1&background=000000&sign=8ed23b254c9c_cbf3eaf4aa86db46c6a9&type=video_thumb)

14:27 de.rt.com: **Keine Todesstrafe mehr und Begrenzung der Präsidentialmacht:**

Kasachstan stimmt für Verfassungsänderung

Bei einem Referendum in Kasachstan unterstützte die Mehrheit der Bürger die geplanten Verfassungsänderungen. Mehr als 77 Prozent der Bevölkerung hätten eine Demokratisierung des politischen Systems befürwortet, so die Zentrale Wahlkommission des Landes. Die Zentrale Wahlbehörde Kasachstans habe die vorläufigen Ergebnisse des republikanischen Referendums bekannt gegeben, wie das Nachrichtenportal Qogamnews.kz berichtet. Nach vorläufigen Angaben würden 77,18 Prozent der Bürger für die Verfassungsänderungen stimmen und 18,66 Prozent hätten die Verfassungsreform nicht unterstützt. Laut Qogamnews.kz hätten mehr als 8 Millionen Menschen am 5. Juni ihre Stimme abgegeben. Nach Angaben der Wahlbehörde seien rund 12 Millionen Personen berechtigt gewesen, an dem Volksbegehren teilzunehmen. Damit ein Referendum stattfinden könne, müssten mehr als die Hälfte der in der Wählerliste eingetragenen Bürger ihre Stimmen abgeben. Die Wahlbeteiligungsschwelle würde um 14 Uhr erreicht, so Qogamnews.kz. Bei dem Referendum waren insgesamt 56 Änderungen der Verfassung vorgeschlagen worden. Wie die Nachrichtenagentur DPA erklärte, verbiete die Verfassung nun Verwandten des Präsidenten, hohe Regierungsämter in Kasachstan zu bekleiden. Diese Regelung würde nicht nur den amtierenden Präsidenten Kassym-Schomart Tokajew berühren, sondern betroffen sei auch sein Vorgänger Nursultan Nasarbajew. Dem Ex-Präsidenten Kasachstans würde damit der Ehrentitel Elbassy ("Führer der Nation") entzogen. In der Vergangenheit ermöglichte ihm dieser Titel sogar nach seinem Rücktritt Einfluss auf die Politik zu nehmen. Zudem darf nun das Staatsoberhaupt keiner Partei mehr angehören und verliert das Recht, die Leiter der Kommunalverwaltungen abzuempfehlen. Wie Medien berichten, würde im Rahmen der Verfassungsänderungen die Registrierung politischer Parteien vereinfacht sowie die Schwelle für den Einzug ins Parlament auf 5 Prozent gesenkt. Das Verfassungsgericht solle ebenfalls wieder eingeführt und die Todesstrafe abgeschafft werden. Außerdem sei ein neues Mediengesetz zum Schutz der Presse in Vorbereitung, ebenso wie ein Gesetz über Versammlungen. Nach Angaben der Zeitung Komsomolskaja Prawda müssen die Behörden bereits jetzt nicht mehr ihre Genehmigung für eine Protestaktion erteilen, es reiche eine Anmeldung. Daher gebe es im Land einen regelrechten Demonstrationsboom. Beobachter der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) haben das Referendum in Kasachstan bereits als transparent und demokratisch anerkannt. Dies gab der SOZ-Generalsekretär Zhang Ming bei einer Pressekonferenz in der kasachischen Hauptstadt Nursultan bekannt. Wie die Nachrichtenagentur Regnum meldet, sagte er: "Es wurden keine Verletzungen der nationalen Gesetzgebung festgestellt, die die Legitimität des Referendums infrage stellen. Die Mission hält das Referendum für offen, transparent und demokratisch." Laut Regnum würden die Verfassungsänderungen am wenigsten in denjenigen Teilen Kasachstans unterstützt, die im Januar des Jahres 2022 als Sprungbrett für die landesweiten Massenproteste dienten. Damals hatte Kasachstan eine der schwersten Krisen der vergangenen Jahrzehnte erlebt und schwere soziale Proteste hatten das Land erschüttert. Nach Angaben der Behörden kamen damals 230 Menschen ums Leben, mehr als 4.500 wurden verletzt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629dd82db480cc3cec7ea397.jpg>

14:45 de.rt.com: **Lawrow warnt vor Gegenmaßnahmen Moskaus nach westlichen Lieferungen von Langstreckenraketen-systemen an Kiew**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat bei einer Pressekonferenz am Montag die Lieferungen von Raketen-systemen mit hoher Reichweite kritisiert, die Kiew zuvor von den USA und Großbritannien zugesagt worden waren. Er erinnerte an die jüngste Stellungnahme des russischen Präsidenten Wladimir Putin zu dieser Entwicklung und stellte erneut Gegenmaßnahmen Moskaus in Aussicht:

"Putin hat sich bereits zu der Situation geäußert, die sich im Zusammenhang mit dem Eintreffen neuer Bewaffnung entwickeln würde. Ich kann nur hinzufügen: Je höher die Reichweite der Waffen, die Ihr dem Kiewer Regime liefert, desto weiter werden wir die Linie von unserem Staatsgebiet verdrängen, hinter der die Neonazisten die Russische Föderation bedrohen können."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629deaf0b480cc4655620a2b.jpg>

16:08 (15:08) novorosinform.org: **In der Staatsduma wurden Optionen für den Einsatz von Friedenstruppen nach der Vollendung der Sonderoperation skizziert**
Die Russische Föderation könnte nach eendigung der Sonderoperation den Einsatz eines

Friedenskontingents auf dem Territorium der Ukraine in Betracht ziehen. Dies erklärte der Leiter des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, Andrej Kartapolow.

Dabei hält er verschiedene Optionen für möglich:

„Solange die militärische Sonderoperation andauert, werden dort natürlich keine Friedenstruppen auftauchen, und sie wird fortgesetzt, bis alle Aufgaben gelöst sind“, sagte er am Montag am Rande einer Sitzung des Rates der Parlamentarischen Versammlung der OVKS in Jerewan.

Laut dem Parlamentarier gebe es keine Garantien dafür, dass Friedenstruppen nach Ende der Sonderoperation an der Aufrechterhaltung der Sicherheit auf dem Territorium der Ukraine teilnehmen werden, aber "man kann nicht ausschließen, dass ihre Dienste, ihre Ressourcen benötigt werden".



https://novorosinform.org/content/images/59/81/45981_720x405.jpg

15:10 de.rt.com: **Bundesnetzagentur warnt nach Lieferstopps vor höheren Gaspreisen**

Nach dem russischen Lieferstopp für Dänemark und Shell rechnet der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, mit weiteren Preissteigerungen beim Gas. Im Interview mit dem Tagesspiegel warnte er:

"Das Gas, das in Europa frei gehandelt wird, dürfte sukzessive weniger werden. Wenn die Schraube weiter angezogen wird, seien es auch nur kleine Schritte, wird Gas noch teurer."

Dass Russland auch Deutschland den Gashahn zudrehen wird, befürchtet der Behördenchef allerdings nicht:

"Die Gaszuflüsse sind derzeit stabil."

Seriöse Vorhersagen seien aber unmöglich, die Bundesnetzagentur könne nur auf Sicht fahren, erklärte Müller ferner. Er führte aus:

"Ich wage keine Prognose, die über die nächsten 24 Stunden hinaus geht."

15:35 de.rt.com: **Selenskij bespricht mit Johnson Sicherheitsgarantien für die Ukraine**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij und der Premierminister Großbritanniens, Boris Johnson, haben im Rahmen eines Telefonats die militärische Hilfe Londons für Kiew im Ukraine-Krieg erörtert. Themen des Gesprächs seien unter anderem die Intensivierung der Arbeit an den Sicherheitsgarantien für die Ukraine sowie die Freigabe ukrainischer Häfen gewesen, teilte der ukrainische Staatschef auf seinem Twitter-Account mit. Darüber hinaus habe Selenskij laut eigenen Worten eine Bestätigung für ein "neues, verstärktes Paket zur Verteidigungsunterstützung" erhalten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629dfe7cb480cc4ba01d44e7.jpg>
g

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij und der britische Premierminister Boris Johnson zum Auftakt ihres Treffens in Kiew, 9. April 2022

15:41 de.rt.com: **Medienbericht: Ukraine erwartet mehr Hilfe von Indien**

Kiew erwartet von Neu-Delhi mehr humanitäre Hilfe und eine Beteiligung am Wiederaufbau des Landes nach Beendigung der Kämpfe. Das berichtete die indische Zeitung The Hindu am Freitag unter Berufung auf diplomatische Quellen.

Das Blatt zitierte einen ungenannten offenbar ukrainischen Beamten mit den Worten, dass neben der Möglichkeit, ein Sicherheitsgarant für die Ukraine zu werden, Kiew von Neu-Delhi auch erwarte, dass es sich nach dem Krieg aktiv am Wiederaufbau des Landes beteiligen werde. Der anonyme Diplomat fügte hinzu, dass "mehr humanitäre Hilfe, Medikamente sowie technische und finanzielle Unterstützung" seitens Indiens ebenfalls sehr willkommen wären. Anfang April sagte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in einem Gespräch mit indischen Medien, er würde das Land gerne als "Sicherheitsgarant sehen, wenn es dazu bereit wäre".

In einem Interview mit ukrainischen Journalisten einen Monat später erklärte der Leiter des ukrainischen Präsidentschaftsamt Andrej Jermak, dass sich bis dahin sieben Länder bereit erklärt hätten, diese Rolle zu übernehmen: Die USA, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Deutschland, die Türkei, Polen und Italien. Indien wurde jedoch nicht erwähnt und Neu-Delhi hat seither offiziell keine Bereitschaft geäußert, die Sicherheit der Ukraine nach Beendigung des Konflikts zu gewährleisten.

Ein Bereich, in dem sich Indien nicht zurückgehalten hat, ist die humanitäre Hilfe für Kiew, die sich laut The Hindu bisher auf rund 230 Tonnen beläuft. Die Hilfe kam sowohl von der indischen Regierung als auch von privaten Unternehmen, insbesondere von Pharmaunternehmen mit Sitz in Indien.

Die anonyme diplomatische Quelle der indischen Zeitung begründete die Forderung nach mehr Hilfe damit, dass das ukrainische Bruttoinlandsprodukt aufgrund der russischen Militäroperation um bis zu 50 Prozent sinken könnte und dass nach Angaben der von The Hindu zitierten Beamten bis zu 30 Prozent der ukrainischen Infrastruktur im Wert von rund 100 Milliarden US-Dollar zerstört worden seien.

Als Reaktion auf die durch den anhaltenden Konflikt verursachte Weizenknappheit, für die sich die Ukraine und Russland gegenseitig die Schuld geben, kündigte die indische Regierung im vergangenen Monat an, Weizenexporte an gefährdete Länder aus dem verhängten Exportverbot herauszunehmen.

Politisch hat sich Neu-Delhi bisher neutral verhalten und keine der beiden Seiten des

Konflikts offen verurteilt oder unterstützt. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern hat Indien keine Sanktionen gegen Russland verhängt.

Indien hat sich auch bei Abstimmungen in der Generalversammlung des UN-Sicherheitsrats und im Menschenrechtsrat wiederholt der Stimme enthalten, als das Vorgehen Russlands verurteilt wurde.

Neu-Delhi hat dazu aufgerufen, die "Souveränität und territoriale Integrität von Staaten" zu respektieren, und die "sofortige Einstellung von Gewalt und Feindseligkeiten" in der Ukraine gefordert. Außerdem rief es Kiew und Moskau auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, da "der Dialog die einzige Antwort zur Beilegung von Differenzen und Streitigkeiten ist".

Mira Rapp-Hooper, Direktorin für den indopazifischen Raum im Nationalen Sicherheitsrat des Weißen Hauses, kommentierte Indiens Haltung Ende März mit den Worten, Washington halte sie "gelinde gesagt für unbefriedigend", aber nicht überraschend.

Indien und Russland unterhalten seit Jahrzehnten enge Beziehungen. Nach Angaben des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts war Neu-Delhi im Jahr 2021 der größte Abnehmer russischer Waffenexporte.

Im vergangenen Monat berichtete Reuters, dass Indien seit Februar 34 Millionen Barrel verbilligtes russisches Öl erworben hat, was mehr als das Zehnfache des Wertes der gesamten Einfuhren aus Russland im Vergleich zum Vorjahr ist.

Bei einem Besuch in Indien Anfang April bezeichnete der russische Außenminister Sergei Lawrow die Beziehungen zwischen den beiden Ländern als "starke strategische Partnerschaft".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629de1a448fbef107e26cfa9.jpg>

16:00 de.rt.com: **Donezk und Umgebung unter konzentriertem Beschuss kiewtreuer Truppen: 184 Haubitzengranaten, 90 Grad-Raketengeschosse, vier Tote und mehrere Verletzte**

Unter massives Feuer nimmt das ukrainische Militär das Stadtzentrum von Donezk seit heute morgen. Dies melden gleich mehrere Quellen: So hat die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim JCCC am frühen Nachmittag den Beschuss der Stadt mit 50 Raketengeschossen aus Mehrfachwerfern des Typs B-21 "Grad" gemeldet. Diese Zahl nennt der RT-Korrespondent Roman Kossarjow jedoch allein für den Stadtbezirk Kalininski. Weitere 30 davon trafen den Vorort Jassinowataja – je 15 am Spätvormittag und am Nachmittag. Des Weiteren meldet die DVR-Vertretung im Gemeinsamen Kontroll- und Koordinierungszentrum für die Einhaltung des Waffenstillstandsregimes den Einschlag von insgesamt 178 Haubitzengranaten im Kaliber 122 Millimeter seit heutigem Morgen: 12 im Donezker Vorort Makejewka, weitere 95 in Donezk (davon 60 im Petrowski Bezirk, sechs im Stadtbezirk Leninski, zehn im Bezirk Kuibyschewski und 14 im Kiewski Bezirk), 13 im

Vorort Gorlowka (zuzüglich je vier 82-Millimeter- und 60-Millimeter Mörsergranaten) und 15 in der Stadt Jassinowataja bei Donezk.

Viele weitere Ortschaften wurden ebenfalls von den kiewtreuen Truppen unter Beschuss genommen: Vier Haubitzengranaten im Kaliber 122 Millimeter schlugen in Michailowka ein, vier in Saizewo, sechs in Jelenowka, 17 dieser Haubitzengranaten und weitere vier im Kaliber 152 Millimeter sowie acht Mörsergranaten im Kaliber 120 Millimeter trafen Golmowski. In Dolomitnoje schlugen sechs 82-Millimeter-Mörsergranaten ein, in Mineralnoje zehn Raketengeschosse des Systems "Grad".

Aus Makejewka meldet der Stab für Territorialverteidigung der Volksrepublik Donezk drei Tote infolge des Beschusses, davon verlor ein Mann etwa in den Mittfünfzigern beide Beine durch Splitter- oder Explosionswelleneinwirkung und verstarb im Krankenhaus. In Gorlowka ermordeten die kiewtreuen Truppen mit ihrem Beschuss eine Zivilistin.

Mehrere verletzte Mitarbeiter [meldete](#) das Wasserwerk im Donezker Stadtbezirk Kalininski. Aus Gorlowka gab es eine Meldung über zwei verletzte Zivilisten. Weiterhin wurden vier Frauen, alle im Rentenalter, verletzt beziehungsweise verwundet, drei davon schwer – eine von diesen verzichtete jedoch trotz erlittener Gehirnerschütterung auf eine Behandlung. Gemeldet werden außerdem mehrere Schäden an Wohngebäuden und Bildungseinrichtungen sowie Brände.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/qL0cIbP15myKrkVeHh0nnQ978LA2vAp5qeW1YyT-uToLowJpz7j8uOQorRTgM_po6CUxzoGbKPWoS85O08S3sqRh5lkHu233mOCL_k4_SCNKPYU-EcqW9bKi-av6G6xASSyXeSMaVmNKAnheYz018C97P5Jklm35ft_sK7F5n_vuJuCdd2ULK0eF6o-BqGib5ZDq0o_eikkfdGipI3DEZKfCihSIRDYjNOJyyyvdy9RneuMXc2gk1T7LIRIIozk-NSLJkSExbPQvANE9As2cQ_jqwf4KfZtK_UBabOuWulNCwDIn6Hwi71fzvPKMOQUQj8Td8L7h4e_IPcFsGMDcOA.jpg

Kuibyschew-Straße, Leninski Bezirk der Stadt Donezk

17:22 (16:22) novorosinform.org: **Der Westen will die Politik der OVKS-Länder kontrollieren – Wolodin**

Der Druck aus dem Westen auf die Mitgliedsländer der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) wird zunehmen. Dies erklärte der Sprecher der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin während einer Sitzung des Rates der parlamentarischen Versammlung der OVKS am Montag.

Laut Wolodin ist der Westen nicht bereit, die unabhängige Politik der Mitgliedsländer zu tolerieren:

„Die OVKS-Mitgliedsländer betreiben eine Politik der souveränen Staaten im Interesse ihrer Bürger. Diejenigen, die das obsolet gewordene unipolare Weltbild verteidigen, mögen das

nicht. Aus diesem Grund wird der Druck aus Washington und Brüssel zunehmen.“, sagte er. Auf der Ratssitzung, so Wolodin, werde der Stand der Arbeit an den Entwürfen der Empfehlungen zur Verbesserung der Gesetzgebung im „Bereich des Schutzes der Wahlprozesse“ besprochen.



https://novorosinform.org/content/images/59/86/45986_720x405.jpg

16:30 de.rt.com: **Bild berichtet: Deutscher Söldner in der Ukraine getötet**

Ein deutscher Söldner soll laut einem Medienbericht bei einem Beschuss in der Ukraine getötet worden sein. Nach Angaben der Bild-Zeitung handelt es sich dabei um Björn K. mit dem Spitznamen "Panzer" aus Brandenburg.

Die Einheit des 39-Jährigen habe sich zum Zeitpunkt des Vorfalles östlich von Charkow befunden, berichtete das Blatt unter Berufung auf die Mitstreiter des Mannes. Demnach sei der Standort der Söldner durch einen Artilleriebeschuss getroffen worden, bei dem der Deutsche durch ein Schrapnell verwundet worden und auf dem Weg ins Krankenhaus seiner Verletzung erlegen sei.

16:40 de.rt.com: **"Die Ära der Gratisverpflegung ist vorbei": Pepe Escobar analysiert die Bilderberger**

Seit dem Jahr 1954 tagen mächtige Vertreter aus Wirtschaft und Politik einmal jährlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf der Bilderberg-Konferenz, um die transatlantischen Beziehungen zu fördern und geopolitische Strategien abzusprechen.

Heute endet die 68. Bilderberg-Konferenz, die dieses Mal vom 2. bis 5. Juni in Washington, D.C., stattfand. Gegründet wurde das informelle Treffen einflussreicher Persönlichkeiten im Jahr 1954 vom niederländischen Prinz Bernhard im Hotel de Bilderberg in Oosterbeek, Niederlande. Seitdem findet die Konferenz unter Ausschluss der Öffentlichkeit jährlich an einem anderen Ort statt und soll vor allem dazu dienen, den Dialog zwischen Europa und Nordamerika zu fördern.

Da es weder offizielle Ergebnisprotokolle noch Abschlusserklärungen gibt, handelt es sich vorrangig um Vernetzungstreffen, bei dem informelle Absprachen zu Politik- und Wirtschaftsthemen stattfinden.

Wie sich der [Bilderberg-Webseite](#) entnehmen lässt, sagten in diesem Jahr 120 Teilnehmer aus 21 Ländern ihr Erscheinen zu. Darunter, wie immer, führende Politiker, Konzern- und Medienchefs und Vorstände von Nichtregierungsorganisationen, wie zum Beispiel Paul Achleitner (ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank), José Manuel Albares (spanischer Außenminister), Audrey Azoulay (UNESCO-Generaldirektorin), José Manuel Barroso (Vorsitzender der Goldman Sachs Group), Ben van Beurden (CEO von Shell), Albert Bourla (Vorsitzender von Pfizer Inc.), Matthias Döpfner (Vorsitzender des Axel-Springer-Verlags), Joshi Shashank (Herausgeber des Economist), Mary Kay Henry (Präsidentin der

Gewerkschaft Service International Union), William Burns (CIA-Direktor), Marie-Josée Kravis (Vorsitzende des Museum for Modern Art), Margaritis Schinas (Vizepräsident der EU-Kommission), um nur einige der Teilnehmer zu nennen. Auch der Vorsitzende der Kissinger Associates, Inc., Henry Kissinger, wollte trotz seines fortgeschrittenen Alters, wie schon in den Jahren zuvor, an der Konferenz teilnehmen.

Laut der umfassenden Tagesordnung standen 14 Themen auf dem Programm, darunter die geopolitischen Verschiebungen, Herausforderungen für die NATO, China, die indopazifische Neuordnung, der chinesisch-US-amerikanische Wettbewerb im Bereich Technik, Russland, die Lage des Weltfinanzsystems, Desinformation, Energiesicherheit und Nachhaltigkeit, die postpandemische Gesundheitssituation, die Spaltung demokratischer Gesellschaften sowie die Lage in der Ukraine.

Am 4. Juni veröffentlichte der brasilianische investigative Journalist Pepe Escobar unter dem Titel "[Bilderberg does China](#)" einen [Kommentar](#) zur aktuellen geopolitischen Lage, mit der sich die diesjährige Tagung befasste. Entsprechend seiner Analyse müssen sich die bisherigen Größen der Welt bereits damit abfinden, dass sich die geopolitischen Machtverhältnisse zu ihren Ungunsten verschoben hätten.

Laut Escobar ist "China die Bedrohung Nummer Eins für das Imperium der Lügen und der Willkürherrschaft". In allen Bereichen der chinesischen Gesellschaft würde eine ernsthafte Debatte über die US-amerikanische Bewaffnung des Weltfinanzkasinos geführt. Daraus resultierend würden die Chinesen schnellstmöglich US-Staatsanleihen loswerden und mehr Rohstoffe importieren wollen.

Daher sei die strategische Partnerschaft mit Russland eingerichtet worden. In diesem Zusammenhang spiele auch das "russische Experiment Gas gegen Rubel" eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche Neuordnung. Schließlich würden ressourcenreiche Länder des globalen Südens womöglich bereits jetzt darauf spekulieren, ihre eigenen rohstoffgedeckten Währungen auszugeben. Pepe Escobar schlussfolgert:

"Kein Wunder, dass die Davoser und die Bilderberger Laufburschen mit Schrecken auf das große Schachbrett blicken: Ihre Ära der immerwährenden Gratisverpflegung ist vorbei. Und worüber sich Zyniker, Skeptiker, Neoplatoniker und Taoisten sich unendlich freuen würden: Es waren die Davoser und die Bilderberger Männer (und Frauen) selbst, die sich in Zugzwang gebracht haben."

Angesichts der Bildung eines alternativen, ressourcenbasierten Geld- und Finanzsystems würden die Bilderberger jetzt völlig ausflippen, so Escobar.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629ca1e848fbef78de7c299c.jpg>

17:00 de.rt.com: **Transnistrien: Drohne bombardiert Fahrzeuge der Friedenstruppen**

Das Ermittlungskomitee der nicht anerkannten Republik Transnistrien hat am heutigen Montag bekannt gegeben, dass der Fahrzeugpark einer Reserveeinheit der Friedenstruppen am Vortag zum Ziel eines Drohnenangriffs geworden war. Nach Vermutung der Behörde warf dabei eine Drohne zwei Handgranaten vom Typ [RGD-5](#) auf die in der Ortschaft

Wladimirowka im Bezirk Rybniza geparkten Fahrzeuge ab.

Angaben des Komitees zufolge gab es keine Zerstörungen oder Verletzungen. Die Behörde leitete ein Strafverfahren wegen Diversion ein.

Zuvor war Transnistrien zum Schauplatz mehrere Terrorangriffe geworden. Unter anderem war das Dorf Kolbasna, das eines der größten Munitionslager in Europa beherbergt, unter Beschuss genommen worden. Die Behörden der Republik hatten eine "rote" Terrorwarnstufe eingeführt, die Ende Mai auf "gelb" abgestuft wurde. Transnistriens Präsident Wadim Krasnoselski behauptete, dass die Spuren der Verantwortlichen in die Ukraine führen.

18:27 (17:27) novorosinform.org: **Das ukrainische Kommando unterbrach den Abzug der Streitkräfte der Ukraine aus Swjatogorsk, indem es eine Brücke sprengte – Quelle**

Um den Rückzug der ukrainischen Truppen aus Swjatogorsk zu verhindern, beschloss die Führung der Streitkräfte der Ukraine, die Brücke über den Severski Donetz zu sprengen. Das berichtet der Telegram-Kanal „Zvezdanews.“

„Die Überreste der Bataillone der 95. Luftsturmgruppe der Streitkräfte der Ukraine und der 81. Separaten Luftsturmgruppe der Streitkräfte der Ukraine, die aufgrund der Sprengung der Brücke von den Hauptkräften und Nachschub abgeschnitten wurden, ließen ihre Ausrüstung und Waffen zurück und verteilten sich entlang des Ufers“, heißt es in der Meldung.

Die Quelle berichtet, dass etwa 80 ukrainische Soldaten gezwungen wurden, durch den Fluss zu schwimmen. Die russischen Soldaten eröffneten absichtlich kein Feuer auf den sich zurückziehenden Feind.



https://novorosinform.org/content/images/59/92/45992_720x405.jpg

17:30 de.rt.com: **Ungarischer Außenminister stimmt Erklärung zu Selenskis psychischen Problemen zu**

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó hat die Meinung des Parlamentspräsidenten László Kövér geteilt, der zuvor "ein psychisches Problem" beim ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij vermutet hatte, und den Ton ukrainischer Politiker als Reaktion auf die ihnen gewährte Hilfe als inakzeptabel bezeichnet.

Am Vortag hatte Kövér sein Befremden über Selenskis Verhalten geäußert, nachdem dieser Budapest mangelnde Unterstützung Kiews im Ukraine-Krieg vorgeworfen hatte. Der Parlamentarier meinte, Selenskij "bedroht diejenigen, die er um Hilfe bittet", und äußerte die Vermutung, dass dies auf "eine Art persönliches psychisches Problem" zurückzuführen sein könnte. Seine Worte stießen in Kiew auf harsche Kritik.

Der Haltung schloss sich nun auch Szijjártó an. Er schrieb in sozialen Netzwerken: "Während in Ungarn in den vergangenen Monaten Zehntausende von Menschen daran gearbeitet haben, der Ukraine und dem ukrainischen Volk zu helfen, reden die ukrainischen Politiker ständig in einem inakzeptablen Ton über Ungarn, provozieren uns, lügen und

versuchen, uns zu verleumden. Sie haben ihre Dankbarkeit nicht ein einziges Mal laut geäußert. Ausgehend von all dem hat László Kövér absolut Recht, auch wenn die Ukrainer darüber empört sind."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629e150c48fbef16195e53a9.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 6. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.‘

In 32 Ortschaften wurden Sozialzahlungen durchgeführt.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 1122 Menschen.

An der Eisenbahnstation in Mariupol wurden Gleise repariert.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 20 Hektar Territorium und 367 explosive Objekte entschärft.**

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 5380 humanitäre Pakete ausgegeben. Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizei-posten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

de.rt.com: **USA erlauben Venezuela Export von Öl nach Europa – Allerdings mit Bedingungen**

Seit 2019 setzen die USA strengste internationale Sanktionen gegen Venezuela durch, die auch westliche Konzerne betreffen. Unter anderem dürfen diese nämlich kein Öl in Venezuela

einkaufen. Vor dem Hintergrund des geplanten Öl-Embargos gegen Russland wollen die Vereinigten Staaten jetzt offenbar eine Ausnahme machen. Allerdings hat die vermeintliche Annäherung einen Haken.

Die USA wollen Venezuela zur Kompensation der mit dem westlichen Öl-Embargo gegen Russland einhergehenden Öllieferengpässe offenbar wieder den Export des fossilen Brennstoffs nach Europa erlauben. Das berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf Insider. Der italienische Energiekonzern Eni und der spanische Konkurrent Repsol könnten schon ab nächsten Monat venezolanisches Öl nach Europa verschiffen, erklärten fünf mit der Angelegenheit vertraute Personen.

Damit würden die "Öl gegen Schuld"-Tauschgeschäfte wieder aufgenommen, die vor zwei Jahren eingestellt wurden, als Washington die Sanktionen gegen Venezuela verschärfte. Die Menge des dafür vorgesehenen Öls dürfte allerdings eher gering ausfallen, sagte einer der Informanten. Es sei auch nicht mit nennenswerten Auswirkungen auf den Ölpreis zu rechnen. Dennoch könnte Washingtons Einlenken bei seiner zuvor harten Sanktionspolitik dem venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro einen symbolischen Auftrieb geben.

Das US-Außenministerium habe den beiden Unternehmen in einem Schreiben grünes Licht für die Wiederaufnahme der Lieferungen gegeben, so die Insider. Die Regierung von US-Präsident Joe Biden hoffe demnach darauf, dass der Schritt zu einer geringeren Abhängigkeit Europas von russischen Öllieferungen führt. Damit versuchten die USA zugleich auch, Maduro zur Wiederaufnahme politischer Gespräche mit der venezolanischen Opposition zu bewegen, sagten zwei der Personen gegenüber Reuters.

Das staatliche venezolanische Energieunternehmen PDVSA, das Gemeinschaftsunternehmen mit den beiden europäischen Konzernen betreibt, so die Informanten weiter, könne die Öllieferungen mit Schulden oder ausstehenden Dividendenzahlungen verrechnen. Bedingung sei allerdings, dass das Öl "nach Europa gehen muss. Es kann nicht anderswo weiterverkauft werden".

Die venezolanische Vizepräsidentin Delcy Rodríguez hatte vor wenigen Wochen auf Twitter bestätigt, dass die US-Regierung bestimmten US-amerikanischen und europäischen Ölgesellschaften die Genehmigung zum Export von venezolanischem Öl erteilt hätten. Zudem hoffe sie darauf, "dass diese Entscheidungen der Vereinigten Staaten von Amerika den Weg für die absolute Aufhebung der illegalen Sanktionen ebnen, die unser gesamtes Volk betreffen".

Bereits im Mai hatte das US-Finanzministerium dem US-Ölkonzern Chevron eine eng gefasste Erlaubnis erteilt, "Bedingungen für mögliche zukünftige Aktivitäten in Venezuela auszuhandeln". Zuvor waren Kontakte zwischen US-Energiekonzernen und der sozialistischen Regierung in Caracas verboten, ebenso wie die Produktion. Viele Unternehmen hatten das Land deshalb verlassen, lediglich Chevron blieb.

Die Lockerungen bei der US-Sanktionspolitik gegen Venezuela scheinen zwar ein Schritt zur Entspannung zwischen den beiden Ländern zu sein, allerdings versucht die Biden-Administration weiterhin, Einfluss auf das politische Geschehen in Venezuela zu nehmen.

"Die Lizenz für Chevron ist der erste in einer Reihe von Schritten zur Aufhebung der Ölsanktionen. Doch die Regierung in Caracas müsse zu den Verhandlungen mit der Opposition zurückkehren, die darauf abzielen, das US-Verständnis nach freien und fairen Wahlen im Jahre 2024 zu garantieren. Komme die Maduro-Regierung dieser Forderung nach, dann würde es Chevron auch erlaubt werden, mit dem Versand von Ausrüstung nach Venezuela zu beginnen", sagten einige US-Beamte der Washington Post.

Weil sie die Wiederwahl Maduros im Jahr 2018 nicht anerkennen wollten, hatten die USA Sanktionen gegen das krisengebeutelte südamerikanische Land verhängt. Das betraf insbesondere den Export von Öl. Das Programm "Öl gegen Schulden" wurde Mitte 2020 eingestellt. Somit wurde China der größte Abnehmer von venezolanischem Öl. Der neue US-Kurs gegen Venezuela geht mitunter auch auf die Spannungen zwischen Washington und

Russland zurück. Einerseits brauchen die USA das Öl aus Venezuela, um den Ausfall russischer Lieferungen kompensieren zu können. Andererseits versuche die Biden-Regierung einen Keil zwischen Venezuela und dessen Verbündeten Russland zu treiben, hieß es kürzlich in der Washington Post.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629dda87b480cc4ba01d44bb.jpg>

18:39 (17:39) ria.ru: **Das Außenministerium der DVR teilte mit, wann über die Zukunft der Region entschieden wird**

Die politische Zukunft der DVR werde nach der Befreiung der gesamten Republik von ihrem Volk bestimmt, sagte die Außenministerin des Landes, Natalja Nikonorowa.

„Ich sehe die Zukunft der Volksrepublik Donezk als friedlich und erfolgreich. Wenn wir über die politische Komponente sprechen, wird dies von den Menschen selbst bestimmt. Wir hoffen, dass das gesamte Territorium der Republik sehr bald befreit wird und dann die Menschen über ihre Zukunft entscheiden und mitbestimmen können: entweder ein unabhängiger Staat oder der Anschluss an die Russische Föderation nach dem Vorbild unserer Brüder auf der Krim“, sagte Nikonorowa gegenüber Reportern. Sie kam als Teil einer Delegation auf die Krim, um am XV. Internationalen Festival „Das große russische Wort“ teilzunehmen.

Gegenwärtig befinden sich die Städte Slawjansk, Kramatorsk, Awdejewka, Marinka und eine Reihe anderer Siedlungen der DVR westlich und nordwestlich von Donezk noch unter der Kontrolle von Kiew.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/08/14/1746616193_0:0:2745:1544_1280x0_80_0_0_5_d98a0b3d72dd0c714935da13e94c3c7.jpg

18:56 (17:56) ria.ru: **Die Ukraine ist nicht bereit, Getreide über Weißrussland zu exportieren - Selenskij**

Präsident Wladimir Selenskij erklärte, die Ukraine sei nicht bereit, Getreide über

Weißrussland zu exportieren.

Zuvor sagte der russische Präsident Wladimir Putin, dass es keine Probleme mit dem Export von Getreide aus der Ukraine gebe und Russland sich nicht einmischen würde. Wenn die Ukraine die Häfen von Minen befreit, könnten Schiffe mit Getreide problemlos auslaufen, erklärte er. Der russische Präsident fügte hinzu, dass ukrainisches Getreide über die Donau und Polen exportiert werden könne, der billigste Weg sei der über Weißrussland, aber dann müssten die Sanktionen aufgehoben werden.

"Uns wurde angeboten, mit der Bahn über Weißrussland zu fahren (um Getreide zu exportieren - Anm. d. Red.). Wir verstehen auch, in welchem Umfangl. Aber wir verstehen auch, warum sie uns das angeboten haben. Wir sind nicht bereit, diesem Format zu folgen und unseren "freundlichen" Nachbarn zu helfen " , - zitiert „RBK Ukraina“ die Worte von Selenskij.

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko sagte zuvor, dass Minsk der Ukraine beim Export von Getreide durch belarussisches Territorium helfen könnte, aber es sei ein Kompromiss erforderlich. Im Gespräch mit UN-Generalsekretär António Guterres stellte er die Bedingung, dass die Häfen Deutschlands, Polens, der baltischen Staaten und Russlands beim Export von ukrainischem Getreide auch für belarussische Waren geöffnet werden müssten.



https://cdn21.img.ria.ru/images/101914/43/1019144337_0:0:3072:1728_1280x0_80_0_0_ef52fba943f72b6a9a18ee5a124ade2f.jpg

abends:

18:00 de.rt.com: **Russland könnte als Reaktion auf Raketenwerfer-Lieferungen an die Ukraine bisher verschonte Ziele angreifen**

Als Reaktion auf Lieferungen von Raketenwerfern von großer Reichweite könnte Russland Ziele angreifen, die es bisher verschont hatte. Dies teilte nach Angaben der Nachrichtenagentur RIA Nowosti der Vorsitzende des Verteidigungskomitees der Staatsduma Andrei Kartapolow mit. Dabei handele es sich "in erster Linie" um Ziele innerhalb der Ukraine.

Kartapolow betonte, dass Russland bisher auf Angriffe auf zahlreiche Infrastrukturobjekte wie etwa Eisenbahnen und den Kiewer Flughafen verzichtete. Er fügte hinzu:

"Es gab keinen einzigen Angriff auf das ukrainische Verteidigungsministerium oder den Generalstab oder die Rada oder sonstige Ministerien – also Orte, an denen Entscheidungen getroffen und Ziele gesetzt werden."

Zuvor hatte Russlands Präsident Wladimir Putin in Bezug auf US-amerikanische Lieferungen von HIMARS-Mehrfachraketenwerfern an die Ukraine verkündet, dass Russland entsprechende Schlussfolgerungen ziehen und diejenigen Ziele angreifen werde, die bisher

verschont geblieben sind.

19:13 (18:13) ria.ru: **Nebensja: Russland glaubt nicht an Zusicherungen, dass die Ukraine MLRS nicht gegen Russland einsetzen wird**

Russland behalte sich das Recht vor, Entscheidungszentren über den Einsatz von Langstrecken-Mehrfachraketenystemen (MLRS) durch Kiew anzugreifen, sagte Wasili Nebensja, Ständiger Vertreter der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen.

„Die Aussagen einiger westlicher Beamter, insbesondere des US-Außenministers Anthony Blinken, dass Kiew amerikanische MLRS nicht gegen Ziele in Russland einsetzen werde, klingen nicht überzeugend“, sagte Nebensja bei einem Treffen des UN-Sicherheitsrates. Ihm zufolge versucht der Chef der amerikanischen Diplomatie auf diese Weise eigentlich, ukrainische Angriffe auf die DVR und LVR zu legalisieren, bei denen Zivilisten, darunter auch Kinder, getötet werden.

„In diesem Zusammenhang behalten wir uns nicht nur das Recht vor, die Bedrohungslinie von Neonazis auf die Russische Föderation und die Republiken des Donbass in die Entfernung eines möglichen Angriffs mit neuer Langstreckenmunition zu verschieben, sondern auch Zentren anzugreifen, die für Entscheidungen über den Einsatz solcher Waffen zuständig sind“, betonte der russische Diplomat.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/06/02/1792555493_0:76:3071:1803_1280x0_80_0_0_0fac46210171eda4f2a5c507d3e80ffe.jpg

Mehrfach-Raketenwerfersystem HIMARS

18:30 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium: Einnahme von Swjatogorsk beinahe abgeschlossen**

In seinem täglichen Pressebericht hat der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, General Igor Konaschenkow, mitgeteilt, dass die Einnahme der Stadt [Swjatogorsk](#) beinahe abgeschlossen sei:

"Die russischen Streitkräfte beenden die Befreiung der Stadt Swjatogorsk der Volksrepublik Donezk und des umliegenden Gebiets."

Konaschenkow zufolge hatten zuvor ukrainische nationalistische Verbände die Brücke über den Fluss Sewerski Donez gesprengt, um einen Rückzug ukrainischer Truppen aus Swjatogorsk zu verhindern. Dies habe dazu geführt, dass die ukrainischen 81. und 95. Luftsturmbrigaden ihre Ausrüstung zurückgelassen und sich über das Flussufer verstreut hätten. Etwa 80 ukrainische Soldaten hätten den Fluss schwimmend überquert und wurden dabei von russischen Truppen nicht beschossen, so der General.

Konaschenkow rief die ukrainischen Truppen auf, sich zu ergeben. Er wies auf Russlands humane Behandlung der Kriegsgefangenen hin und sagte:

"Wir betrachten die Weigerung der ukrainischen Militärangehörigen, das von Nationalisten

angeführte, von niemandem gewollte Kiewer Regime zu verteidigen nicht als Feigheit, sondern als die einzig richtige Entscheidung."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629e2a0448fbef107e26cff8.jpg>

19:32 (18:32) novorosinform.org: **Syrien und die DVR werden die Zusammenarbeit im Kulturbereich verstärken**

Die Republiken Syrien und Donezk haben vereinbart, eine gemeinsame Zusammenarbeit im kulturellen Bereich zu entwickeln, berichtet der Pressedienst des Kulturministeriums der DVR.

Der Kulturminister der DVR Michail Sheltjakow besuchte Syrien, um mit seiner Kollegin Ljubana Mschawwah über die gegenseitige Zusammenarbeit in diesem Bereich zu sprechen. Die Parteien skizzierten einen Plan für die weitere Arbeit, wobei besonderes Augenmerk auf die Austauschreisen von Kreativgruppen gelegt wurde. Die Minister vereinbarten gemeinsame Veranstaltungen im Anschluss an das Treffen.



https://novorosinform.org/content/images/59/99/45999_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 06.06.22**

Heute hat der Gegner **mehr als 230 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 155mm-, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern

abgefeuert.

Die Gebiete von **18 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 2 Zivilisten und 10 wurden verletzt**. 23 Wohnhäuser und 8 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte friedliche Einwohner und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

In den letzten 24 Stunden wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation ein T-80-Panzer, 2 Schützenpanzer und mehr als 30 Mann vernichtet, 3 Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Awdejewka wurden unterdrückt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 23 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

19:00 de.rt.com: **Sekretär des Sicherheitsrats der Ukraine: "Zeitweise Gebietsverluste sind keine Tragödie"**

In einem Interview an die Zeitung Financial Times, das von der Nachrichtenagentur TASS zitiert wurde, hat der Sekretär des Rats für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine Alexei Danilow erklärt, dass er den Rückzug der ukrainischen Streitkräfte auf mehreren Richtungen nicht als verheerend empfinde:

"Zeitweise Gebietsverluste sind keine Tragödie. Der Verlust des Staates würde eine Tragödie sein."

Danilow räumte weiter ein, dass russische Streitkräfte den ukrainischen im Hinblick auf die Artillerie erheblich überlegen seien, und vermutete, dass das ukrainische Militär sich weiter zurückziehen müsse. Eine Rückeroberung verlorener Gebiete hielt er für möglich, setzte dafür aber schnellere Waffenlieferungen des Westens voraus.

Dan-news.info: Die **erste Sitzung des Obersten Gerichts der DVR in der Angelegenheit ausländischer Söldner**, die in der Ukraine gekämpft haben, fand heute in Donezk statt, teilt der Pressedienst des Gerichts mit.

„Nach vorbereitenden Anhörungen fand die erste Sitzung des Obersten Gerichts der DVR in der Angelegenheit ausländischer Söldner Kiews, die im Donbass gekämpft haben, statt.“ Vor Gericht standen die Bürger Großbritanniens John Pinner, Andrew Hill und der Bürger Marokkos Saadun Brahim.

19:30 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk plant "Zwischentribunal" in Mariupol**

Der Präsident der Volksrepublik Donezk Denis Puschilin hat in einer Sendung des russischen Fernsehkanals Rossiya 1 erklärt, dass in Mariupol das erste Zwischentribunal gegen ukrainische Militärangehörige, denen Verbrechen angelastet werden, vorbereitet werde. Er sagte:

"Gegenwärtig laufen Vorbereitungen zu vorläufigen Tribunalen oder Zwischentribunalen. Eines davon wird in Mariupol stattfinden."

Puschilin fügte hinzu, dass ein Urteil gegen britische Söldner vom Obersten Gericht der Volksrepublik bereits am heutigen 6. Juni gefällt werden solle.